

Jahresbericht 2010

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.



Inhalt

Standpunkt	4
Blickpunkt	9
Verbandstagung	15
Die ordentlichen Mitgliedssparkassen	20
Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen	38
Verbandsaufgaben	56
Verbandsorganisation	57



Präsident
Dr. Tim Nesemann

Ein Jahr der Diskussionen

Vor einem Jahr habe ich an dieser Stelle über die Bemühungen der internationalen Politik geschrieben, neue Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen für die Bankenwelt festzulegen. Dabei habe ich darauf hingewiesen, dass die damals vorliegenden Überlegungen keinesfalls geeignet sind, eine international abgestimmte ursachen- und verursachergerechte Regulierung darzustellen. Seither wurden von Seiten der Volksbanken- und Sparkassenverbände viele Gespräche mit der Politik geführt und es konnten Teilerfolge erzielt werden.

So wird die kürzlich verabschiedete Bankenabgabe bei der Berechnungsgrundlage einen Freibetrag enthalten, wodurch viele kleine Regionalinstitute von der Abgabe verschont bleiben. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen, schließlich trifft sie an der hoffentlich hinter

uns liegenden Finanzkrise keine Schuld und in einer zukünftigen Krise stehen ihnen aufgrund fehlender Systemrelevanz keine Mittel aus dem neuen Bankenrettungsfonds zu.

Bei der Umsetzung der vom Bankenausschuss in Basel vorgeschlagenen neuen Eigenkapitalregeln konnte erreicht werden, dass der vorliegende Entwurf der Kommission rechtsformneutral ist, d. h. die Eigenkapitalregeln sind für alle Kreditinstitute gleich. Damit können auch die freien Sparkassen in der Rechtsform einer AG gegebenenfalls stille Einlagen als Kernkapitalinstrumente nutzen.

Auch scheint die Erkenntnis in der Politik zu reifen, dass im Bereich der neuen Liquiditätsvorschriften ebenfalls noch Anpassungen notwendig sein könnten. Kennzahlen wie die Leverage Ratio oder

die Net Stable Funding Ratio stellen gerade für die Retailbanken eine enorme Belastung dar, während sie für Investmentbanken nicht nur keinerlei Beschränkungen mit sich bringen, sondern ihre Praktiken, Kredite in Paketen zu bündeln und am Kapitalmarkt zu verkaufen, eher noch forcieren werden. Die Leverage Ratio ist im Entwurf zunächst als Beobachtungsgröße geplant, die NSFR soll noch gar nicht mit Zielgrößen formuliert werden. Es bestehen also berechtigte Hoffnungen, dass hier noch ein Umdenken möglich sein wird und die Liquiditätskennziffern noch verändert werden oder dauerhaft nur als Beobachtungskennziffer für Bankenaufsichten dienen.

Leider ist man in der EU im Bereich der Begrenzung der Geschäftstätigkeit von systemrelevanten Großbanken noch nicht so weit. Es gibt zwar erste Überlegungen, von diesen sogenannten „SiFis“ höhere Eigenkapitalpuffer zu verlangen, bei den Kriterien, welche Banken zu diesem Kreis gehören und wie hoch die Zusatzpuffer sein sollen, steht man allerdings erst am Anfang.

Hier ist uns die Schweiz um einiges voraus, die ob der Gefahr, die UBS und Credit Suisse für das relativ kleine Land darstellen, erhebliche Auflagen beschlossen hat, ohne auf die internationale Zustimmung zu warten. Dieser Mut wäre auch der EU oder der deutschen Politik zu wünschen, um zum Beispiel notfalls auch im Alleingang einzelner Staaten oder der Euro-Zone eine Finanztransaktionssteuer zu beschließen und damit die kurzfristige Spekulation unattraktiver zu machen.



H. Lampe / pixelio.de

Insgesamt scheint die Politik aber bei den Regulierungsbemühungen, die das Finanzsystem sicherer machen sollen, wieder den richtigen Weg eingeschlagen zu haben. Dabei ist in der EU das Parlament in seinen Erkenntnissen wesentlich weiter als die EU-Kommission. Insofern besteht auch beim vorliegenden Regulierungsentwurf die realistische Chance, dass das Parlament noch Änderungen in die richtige Richtung vornimmt. Schließlich trifft die Regulierung bisher alle Banken gleich und ist nicht wirklich so ursachen- und verursachergerecht gestaltet, wie es ursprünglich einmal gefordert und geplant war.

Anlegerschutz oder Überregulierung?

Während die Überarbeitung der grundsätzlichen Spielregeln für das Finanzsystem sehr wichtig ist, damit Fehlentscheidungen einzelner Finanzakteure nicht das System als Ganzes gefährden können, sind EU und deutsche Politik im Bereich des Verbraucher-/Anlegerschutzes mittlerweile auf einem Weg, der nicht mehr viel mit dem ursprünglichen Ziel gemein hat. Die Intention, den Verbraucher vor bewusster Falschberatung zu schützen und ihm für einen solchen Fall Aufzeichnungen an die Hand zu geben, mit denen er vor Gericht seine Rechte besser durchsetzen kann, ist grundsätzlich zu begrüßen.

Allerdings wäre es wünschenswert, wenn die politisch Handelnden wieder ein wenig mehr gesunden Menschenverstand walten lassen würden und sich im Zuge des oft begrenzten Nutzens ihrer Bemühungen im Angesicht von immensen Kosten einmal selbstkritisch hinterfragen. Denn es geht bei all den zurzeit in Bearbeitung oder Umsetzung befindlichen Gesetzen und Verordnungen fast ausschließlich um den Wertpapierbereich, in dem lediglich 20 Prozent der Bevölkerung überhaupt Geld investieren. Unter diesen Kunden befinden sich sehr viele vermögende Kunden, die bereits seit Jahren in vielen Assetklassen Gelder anlegen, mitunter auch in riskanten. Diese Kunden kennen sich in Finanzdingen sehr gut aus und der von EU und deutschem Verbraucherministerium geplante Schutz stellt für diese in der täglichen Praxis oft eher ein Hindernis dar, als dass sie „schutzbedürftig“ wären.

So schreibt das Wertpapierhandelsgesetz (WpHG) nach Umsetzung der unter dem Namen MiFID bekannten Richtlinie heute vor, dass der Kunde vor einer Wertpapierberatung beispielsweise vollständige Angaben zu Schulabschluss

und Beruf machen muss. Welche Rolle es spielt, ob ein Kunde vor 30 Jahren Abitur gemacht und heute als Arzt tätig ist oder ob er über einen Hauptschulabschluss verfügt und heute als Busfahrer, Klempner oder Bäcker tätig ist, entzieht sich nicht nur meiner Kenntnis. Selbst die Kunden empfinden diese Fragen häufig als zu persönlich und verweigern gelegentlich die Auskunft. Dies hat dann zur Folge, dass der Berater gemäß WpHG keine Beratung durchführen darf und der Kunde würde gerade im komplexen Wertpapierbereich alleine gelassen und müsste eine beratungsfreie Order erteilen. Auch das Beratungsprotokoll führt in der Praxis zu vielen Problemen bei langjährigen Kunden, vor allem mit verstärktem Beratungsbedarf. Diese beschwerten sich immer häufiger über Papierflut und Wartezeiten, denn ein ausdrücklicher Verzicht auf die Erstellung eines Protokolls (Dauer des Ausfüllens in der Regel 15 Minuten) wird dem Kunden nicht erlaubt. Für einen Neukunden, der erstmalig im Wertpapierbereich investieren möchte, kommt es in der Regel noch „dicker“. Im Rahmen der erstmaligen Risikobelehrung bekommt er eine ca. 160-seitige Basisinformation über Wertpapiere ausgehändigt. Möchte er dann beispielsweise einen monatlichen Sparplan in Investmentfonds tätigen, kommen neben dem Beratungsprotokoll noch ein vereinfachter oder ausführlicher Verkaufsprospekt der Kapitalanlagegesellschaft sowie eventuell die Vertragsbedingungen oder die Satzung des Investmentfonds hinzu. Dieses Paket umfasst am Ende dann im Minimum ca. 200 Seiten, im schlimmsten Fall sind es fast 400. Um wieder den Begriff gesunder Menschenverstand hervorzuheben: Glaubt die Politik wirklich, dass sich



jeder Kunde durch diese Informationsflut arbeiten und damit das Produkt besser verstehen wird?

Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht

Wahrscheinlich hat sich auch das deutsche Verbraucherministerium diese Frage gestellt und als Ergebnis die seit kurzem auszuhändigenden Produktinformationsblätter ausgedacht. Alles, was in den vorher genannten Informationspaketen schon einmal beschrieben wurde, muss nun zusammen mit den für das empfohlene Einzelprodukt spezifischen Details noch einmal auf zwei DIN-A4-Seiten (bei komplexen Finanzinstrumenten auf drei DIN-A4-Seiten) zusammengefasst werden. Was im Ansatz sehr gut klingt, hat bei der Umsetzung in die Praxis aber wieder mehr Probleme als Lösungen gebracht. So ist das Produktinformationsblatt nicht nur bei Kaufentscheidungen auszuhändigen, sondern muss auch bei jeder Empfehlung, eine bestehende Wertpapieranlage zu halten oder zu verkaufen ausgehändigt werden. Möchte ein Kunde einen Verkauf tätigen, geschieht dies in der Regel, um schnellstmöglich Gewinne zu realisieren oder Verluste zu begrenzen. Eine schnelle Ordererteilung ist aber durch die Aushändigung des Informationsblattes im Anschluss an eine Verkaufsempfehlung nicht mehr möglich, was im Zweifel zu Vermögensschäden des Kunden führen kann. Auch die Begrenzung der Seitenanzahl führt in der Praxis zu Problemen. So ist es zwar durchaus möglich,

eine einfache Inhaberschuldverschreibung auf zwei Seiten zu erläutern und alle für den Anleger relevanten Informationen abzubilden. Kunden mit größeren Vermögen oder kleinere Unternehmenskunden, die gemäß WpHG ebenfalls als Privatkunden gelten, haben aber durchaus das Bedürfnis, mittels komplexer Derivate ihre Vermögen abzusichern. Die Antwort, wie man ein Eurex-Produkt oder einen Zinsswap auf drei Seiten rechtssicher und verständlich gestalten soll, ist die Politik bisher schuldig geblieben. Als kleine Spitze sei an dieser Stelle die Bemerkung erlaubt, dass es selbst der Finanzagentur bisher nicht gelungen ist, ein Produktinformationsblatt für Bundeswertpapiere mit allen gesetzlichen Erfordernissen zu gestalten, obwohl hier die Produktmerkmale doch relativ simpel sind!

Als echten „Höhepunkt“ in Sachen Anleger-schutz möchte ich als letztes Beispiel noch die geplante Registrierung aller Anlageberater und Vertriebsbeauftragten bei der BaFin mit ihrer Möglichkeit von Sanktionen bis hin zum vorübergehenden Berufsverbot ansprechen. Ich halte dieses Vorgehen für arbeitsrechtlich sehr bedenklich und moralisch zumindest für zweifelhaft, abhängig Beschäftigten in Kreditinstituten mit solch einer Maßnahme zumindest untermenschlich zu unterstellen, sie würden kollektiv bewusst Kunden falsch beraten. Berater stützen sich bei ihren Anlageempfehlungen neben ihrem grundsätzlichen Fachwissen in Bezug auf Risiko, Renditeerwartung usw. auf



Rainer Sturm / pixelio.de

die Daten, die ihnen von ihrem Arbeitgeber zur Verfügung gestellt werden und gehen von deren Richtigkeit aus. Sie im Nachgang, wenn sich herausstellt, dass diese Angaben nicht richtig waren, dafür im Zweifel mitverantwortlich zu machen und vielleicht sogar mit einem Berufsverbot zu belegen, halte ich für absolut überzogen. Oder wird demnächst jeder Neuwagenverkäufer ebenfalls mit einem Berufsverbot belegt, wenn sich die vom Hersteller gemachten Angaben zum Verbrauch im Nachgang an der Tankstelle als nicht ganz korrekt erweisen? Natürlich wird es auch in unserer Branche immer schwarze Schafe geben, die Kunden nicht richtig beraten. Dafür gibt es über WpHG und KWG aber bereits heute für die BaFin zahlreiche Möglichkeiten, ein Finanzinstitut als letztlich Verantwortlichen für seine Mitarbeiter zu sanktionieren. Dass dieses aber eher Einzelfälle und nicht wie von den Medien gerne suggeriert die Regel sind, zeigen die Beschwerdefälle, die im Falle der Sparkassenorganisation beim Deutschen Sparkassen- und Giroverband gesammelt werden. Dort gingen im Jahr 2009 1.888 Verbraucherbeschwerden ein, von denen lediglich 433 den Wertpapierbereich betrafen. Bei 38 Millionen Kunden ergibt sich daraus eine Beschwerdequote von 0,005 %!

Wem hätte es genützt?

Da es zwischen Bank und Kunden eigentlich immer dann zu Problemen kommt, wenn die erwartete Rendite nicht erzielt wurde, sollten wir uns kurz noch einmal die beiden letzten Fälle vor Augen führen, in denen Anleger massiv Geld verloren haben oder zumindest zeitweise Gefahr liefen, dieses zu verlieren.

Da wäre zunächst die isländische Kaupthing Bank, die zwar ab März 2008 über eine Niederlassung in Frankfurt verfügte, für ihre Kunden aber bis zuletzt als reine Onlinebank auftrat. Diese Bank bot Kunden für Tagesgeld und Festgeld Zinsen weit über deutschem Marktniveau an und sammelte so in Deutschland über 300 Mio. EUR an Kundengeldern ein. Am 8. Oktober 2008 konnte dann wegen Zahlungsunfähigkeit der Bank kein Kunde mehr über sein Geld verfügen. Hätte in diesem Fall eine der zahlreichen Maßnahmen zum Schutze der Anleger etwas geändert? Nein, denn die Kunden wurden niemals beraten oder von einem in Deutschland ansässigen Kreditinstitut an die Kaupthing Bank vermittelt. Die Kunden haben sich über das Internet selbst informiert und trotz oder gerade wegen

der ungewöhnlich hohen Zinsen für eine „sichere“ Produktart das Risiko einer höheren Insolvenzgefahr der Bank zumindest nicht wirklich ernst genommen.

Auch im Falle der amerikanischen Bank Lehman Brothers war die Insolvenz des Instituts Auslöser für die Verluste zahlreicher Anleger. Allerdings wurden den deutschen Anlegern hier die Produkte – zumeist Zertifikate – von heimischen Kreditinstituten empfohlen, wodurch dieser Fall ein wenig anders gelagert ist. Zum Zeitpunkt der Insolvenz besaß die Bank erstklassige Bonitätsnoten von allen großen Ratingagenturen, auf die hiesige Banken und Anlageberater vertrauten. Ein 2.200 Seiten langer Untersuchungsbericht ergab im Nachhinein, dass die Bank durch Bilanzierungstricks monatelang ihre Zahlungsprobleme verschleierte hatte. Da kein Berater in interne Bücher von Emittenten schauen oder die Konzernbilanzen analysieren kann, hätte auch in diesem Fall keine der aktuellen Regulierungsvorschriften einen Verlust der Kunden verhindert.

Gemeinschaftlicher Dialog im Interesse aller

Wer sich ein umfassendes Bild über alle Regulierungsmaßnahmen im Bereich Anlegerschutz machen möchte, dem empfehle ich eine **Studie des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg und des Baden-Württembergischen Genossenschaftsverbandes aus dem Januar 2011 unter dem Titel „Verbraucherschutz – Nutzen und Grenzen“**. Diese Studie hat mich dazu veranlasst, das Thema im Rahmen meines Standpunktes ausführlicher zu beleuchten, denn sie macht eines deutlich: Die Regulierung verursacht vor allem enorme zusätzliche Bürokratie



mit großen Zusatzkosten für die Finanzinstitute, die am Ende der Kunde wird bezahlen müssen. Also sollte der Anlegerschutz auch wirklich greifen und der Nutzen die Kosten überwiegen. Mit Veröffentlichung der Studie wurde sie auch der Politik und den Verbraucherschutzverbänden zur Verfügung gestellt und das Angebot eines gemeinsamen Dialoges gemacht, um aktu-

elle Fehlstellungen im Sinne des Kunden zu korrigieren. Unverständlicherweise gab es wohl bisher keine Reaktionen auf dieses Angebot. Deshalb möchte ich es heute erneuern und hoffe, dass Verbraucherschutz und Politik die Chance ergreifen – im Interesse der Kunden.

Für uns Sparkassen stehen diese seit 200 Jahren im Mittelpunkt!

Finanzindustrie – wilde Zockerei oder Spiegelbild systemischer Fehlstellungen?

Finanzkrise 2007 war hausgemacht

Heutzutage ist es nicht immer eine Freude, in einer Bank tätig zu sein. Zu stark wurde das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Redlichkeit unseres Berufsstandes im Zuge der Finanzkrise beschädigt, so dass unser öffentliches Ansehen mittlerweile nur noch knapp vor dem des Politikers auf dem vorletzten Platz rangiert. Betrachtet man die Summen, die aus Steuermitteln weltweit zur Verfügung gestellt werden mussten, um den Kollaps des Finanzsektors zu verhindern, ist die misstrauische Haltung der Bevölkerung uns gegenüber durchaus nachzuvollziehen. Auch Politiker trauen der Finanzbranche nicht zu, aus den gemachten Fehlern zu lernen und versuchen durch immer neue Regulierungsvorschläge, Banksysteme sicherer zu machen und zukünftige Finanzkrisen zu vermeiden. Um es an dieser Stelle klar zu sagen: Mit diesem Gegenwind müssen wir leben, denn für die Krise 2007 trägt das weltweite Bankensystem die Verantwortung, auch wenn die Ursachen natürlich im Verhalten der US-amerikanischen Banken begründet lagen. Die Immobilienblase in den USA wurde von Hypothekenbanken durch die Vergabe von Hausfinanzierungen an Kreditnehmer mit unzureichender Bonität angeheizt, die zur Refinanzierung gebündelten bonitätsschwachen Kredite wurden dann von Ratingagenturen mit erstklassigen Benotungen versehen und europäische Banken kauften im Vertrauen auf diese Benotung am Kapitalmarkt solche Kreditpakete auf, um ihre überschüssige Liquidität verzinslich angelegt zu wissen. Dadurch waren die Kreditrisi-

ken auf einmal über den halben Globus verteilt und so konnte das Platzen der Immobilienblase solch dramatische Folgen auslösen. Versagt haben hier aber alle Beteiligten: Die US-Hypothekenbanken hätten viele Kredite niemals vergeben dürfen, Ratingagenturen haben scheinbar ohne richtige Überprüfung alles mit einem Top-Rating versehen, gleich was in den Paketen enthalten war, und europäische Banken haben sich blind auf das „Prüfsiegel“ verlassen, obwohl schon längst vor einer Überhitzung des amerikanischen Immobilienmarktes gewarnt worden war.

Auch 2011 werden Banken für viele Probleme verantwortlich gemacht

Seither sind 4 Jahre vergangen. Die zu stützenden Banken arbeiten zurzeit wieder weitgehend profitabel und etliche Institute haben Teile oder sogar sämtliche staatliche Hilfen wieder zurückgezahlt. Trotzdem vergeht kaum ein Tag, an dem nicht in irgendeinem Beitrag in den Zeitungen, Talkshows oder Internetforen die Bankenbranche angefeindet und die Manager der Institute als „Bankster“ oder Schlimmeres betitelt werden. Wie kommt das?

Die Probleme auf dem Häusermarkt in den USA waren leider nur der Beginn einer ganzen Reihe von Verwerfungen im ökonomischen System, die im Laufe der letzten Jahre offen zutage getreten sind. Da brach in Spanien der Immobilienmarkt zusammen, in Ländern wie Island und Irland gerieten Banken in Schieflagen, deren Bilanzsummen größer als das jeweilige Bruttoinlandsprodukt waren, die Preise für Rohstoffe und Edelmetalle stiegen in dramatische Höhen und derzeit kämpfen die USA und viele Staaten in Europa mit dem Schuldenberg ihrer öffentlichen Haushalte. Auch hier hatte die öffentliche Meinung von Bürgern, Medien und Politik schnell „die Schuldigen“ ausgemacht: Es waren wieder die Banken, die durch überzogene Profitgier solche Verwerfungen ausgelöst hatten. Aber ist dies wirklich so, oder machen es sich hier viele zu einfach?

Zu Recht? ...

Im Falle Spaniens kann man dem dortigen Bankensystem sicher eine gewisse Mitschuld bescheinigen. Schließlich waren bereits 2006 und





in den Jahren zuvor deutliche Zeichen für eine Überhitzung des Marktes erkennbar. Die Immobilienpreise hatten sich innerhalb von 10 Jahren verdoppelt und obwohl zur damaligen Zeit bereits über 85 % der Spanier Eigenheimbesitzer waren, entstanden allein im Jahr 2006 mehr neue Wohnungen als in Deutschland, Frankreich und Großbritannien zusammen. Die Wachstumsraten von Kreditausleihungen vieler Banken lagen jah-

relang bei ungesunden 20-30 % und die Kreditlaufzeiten wurden immer weiter auf bis zu 50 Jahre erhöht, damit sich auch Bezieher niedriger Einkommen ihren Eigenheimwunsch erfüllen konnten. Hier muss man wohl attestieren, dass Banken trotz sich mehrender Anzeichen für eine Abkühlung des Booms zu lange neue Risiken eingegangen sind, anstatt frühzeitig auf die Kreditbremse zu treten. Allerdings sollte man auch nicht vergessen, dass insbesondere die spanischen Sparkassen (Cajas) in vielen Regionen unter starkem Einfluss der Kommunen standen und vielfach für die Förderung der örtlichen Infrastruktur „missbraucht“ wurden. So haben viele Cajas oft auf Wunsch zunächst die Bauprojekte der Investoren finanziert und waren anschließend mehr oder weniger gezwungen, den Kauf dieser Immobilien zu finanzieren, um eine Pleite des Bauträgers mit anschließendem Domino-Effekt für die lokale Baubranche zu verhindern. Somit ist die Politik als Miteigentümer und mit großem Einfluss in den Kontrollgremien der Cajas zumindest nicht frei von Schuld.

... oder ...?

Interessanter wird die Frage nach „Schuld oder Unschuld“ allerdings, wenn man sich die aktuelle Schuldenkrise im Euro-Raum anschaut.

Euro-Befürworter und Euro-Kritiker tauschen jeden Tag in den Medien ihre Argumente aus, Politiker reden jeden Tag darüber, wie und wann und unter welchen Umständen man Griechenland und andere hochverschuldete Staaten mit neuen Hilfszahlungen und –paketen vor der Insolvenz retten kann und besonders die Vorschläge, in denen die Beteiligung von „den Privaten“ (wobei „den Privaten“ in der Wahrnehmung mit „den Banken“ gleichgesetzt wird) gefordert wird, finden in der Öffentlichkeit den größten Anklang. Dass „Otto Normalverbraucher“ diese Forderung nach Beteiligung unterstützt, ist angesichts der riesigen Hilfspakete, mit denen man als Steuerzahler den Bankensektor stützen musste, während für den sozialen Bereich (Anhebung Regelsätze Hartz IV, Gesundheitsreform usw.) kaum Geld zur Verfügung zu stehen scheint, unter emotionalen Gesichtspunkten leicht nachvollziehbar. Schließlich hat es eigentlich von keinem der geretteten Institute auch nur ein leises „Dankeschön“ gegeben. Im Gegenteil, obwohl es im Bereich der Investmentbanken schon kurze Zeit später wieder Rekordgewinne und Millionenboni gibt, jammert die Branche über zu hohe Eigenkapitalanforderungen, Bankenabgaben und Finanztransaktionssteuern, während die Staaten wahrscheinlich noch Jahrzehnte unter den zusätzlichen Schulden für die Hilfspakete leiden werden. Was allerdings ein wenig befremdlich wirkt ist die Tatsache, dass selbst Experten aus der Politik mit populistischen Äußerungen über die Notwendigkeit von privater Beteiligung an Hilfspaketen zu punkten versuchen. Dies ist in höchstem Maße unfair, schließlich sind nicht Banken, Versicherungen und andere institutionelle Anleger Schuld an der Höhe des Schuldenstandes in den öffentlichen Haushalten, sondern das ungezügelte Ausgabeverhalten der Politik in den letzten 40 Jahren. So war es die EU, die mit der Verwirklichung ihres großen Traums – der Währungsunion – erst die Voraussetzungen geschaffen hat, dass Länder wie Griechenland in solch eine Schuldenfalle geraten konnten. Vor der Einführung des Euro war der Schuldenstand Griechenlands schon recht hoch und die Neuverschuldung lag im Verhältnis zum jährlichen Bruttoinlandsprodukt auch damals schon über den Maastricht-Kriterien. Kritiker hatten schon damals darauf hingewiesen und vor der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit Griechenlands in einer Euro-Zone gewarnt. Die Visionäre eines immer weiter zusammenwachsenden Europas

haben diese Bedenken seinerzeit in den Wind geschlagen und den Märkten in der Folgezeit suggeriert, Griechenland verfüge wie alle anderen Euroländer über erstklassige Bonität. Leider muss man den Ratingagenturen wie im Falle der amerikanischen Subprimes wieder einmal ein schlechtes Zeugnis ausstellen. Bis in den Oktober 2009 bescheinigten alle drei großen Ratingagenturen Griechenland erstklassige Bonität und ermöglichten es damit dem Staat, sich am Kapitalmarkt zu den gleichen niedrigen Zinssätzen mit neuen Krediten zu versorgen wie z. B. Deutschland. Aus diesem Grund sind auch Äußerungen von Teilen der deutschen Politik, die zurzeit eine Beteiligung der privaten Anleger an der Umschuldung Griechenlands mit der Begründung „Wer mit Griechenland-Anleihen gezockt hat, der muss nun auch dafür bluten“ fordern, höchst unseriös. Schließlich hatten Banken und institutionelle Anleger diese Staatsanleihen als langfristige Geldanlage erworben und bekamen durch die damals noch gute Bonität Griechen-



Kurt F. Dominik / pixelio.de

lands marktübliche Zinssätze ohne „Zockerprämie“. Erst nachdem der griechische Finanzminister im Oktober 2009 eine Staatsverschuldung von 12,5 % des BIP angekündigt hatte, wurden die Ratingagenturen scheinbar dazu veranlasst, das erste Mal genauer auf das Zahlenwerk Griechenlands zu schauen. Dies führte dann innerhalb von einem Monat zu einem massiven Bonitätsverlust bei den Ratingagenturen (Fitch senkte am 22. Oktober das erste Mal und stufte am 8. Dezember in den B-Bereich herunter). Wie beim Ausbruch der Immobilienkrise in den USA reagierten die Ratingagenturen erst, als der Markt bereits nicht mehr an deren Einschätzungen der Bonität glaubte. Fast scheint es, als ob die Ratingagenturen die jahrelangen Versäumnisse nun nachholen wollten. Sie werten im wöchentlichen Rhythmus verschiedene Länder herunter und drohten zuletzt sogar den USA mit



Pleitestatus, hätten sich Demokraten und Republikaner nicht in letzter Minute auf eine Anhebung der Schuldengrenze geeinigt. Die wochenlangen Schlammschlachten zwischen Republikanern und Demokraten, die Politikkenner als wahltaktisches Geplänkel einstufen, wurden von S&P als Zeichen für die Unzuverlässigkeit der US-Finanzpolitik gewertet und führten trotz Einigung zu einer Abwertung um eine Stufe auf AA+. Dies mag aufgrund des Regelwerkes, dessen sich die Ratingagenturen bedienen, sicher richtig sein. In Zeiten, in denen die Märkte aber extrem nervös reagieren, ist solch ein Verhalten allerdings nicht dazu dienlich, zu beruhigen. Insofern ist es zu begrüßen, wenn sich in den USA jetzt die Behörde SEC einmal eingehender mit der Rolle der Ratingagenturen beschäftigt. Auch in Europa beginnt man sich langsam Gedanken darüber zu machen, die Marktmacht und Unabhängigkeit dieser Firmen, die mit ihrem Urteil zurzeit ganze Volkswirtschaften in den Abgrund stürzen können, zu begrenzen und gegebenenfalls den Aufbau einer europäischen Agentur zu fördern.

... zu Unrecht?

Weitere Bereiche, die in den letzten Jahren immer wieder für Schlagzeilen sorgen, sind die Rohstoffmärkte und die Warenterminbörsen. Während Edelmetalle wie Silber, Gold oder Platin vor allem von verunsicherten Privatpersonen als „sicherer Hafen“ gekauft wurden, was letztlich zu einem rasanten Preisanstieg geführt hat, ist es bei anderen Metallen wie z. B. Kupfer oder seltenen Erden eher die enorme Nachfrage der verarbeitenden Industrie, die für stetig steigende Preise sorgt. Für Unmut in der Öffentlichkeit sorgen allerdings die Entwicklungen der Nahrungsmittelpreise an den Warenterminbörsen. Nach zwei Dürreperioden in den Jahren 2007 und 2010

sind die Nahrungsmittelpreise weltweit deutlich angestiegen. Allein im März 2011 war der Lebensmittelpreisindex der FAO (Food and Agricultural Organization of the United Nations) gegenüber dem Vorjahr um 37 % gestiegen. Diese Entwicklung ist natürlich für Länder, die nicht über eine ausreichende Landwirtschaft verfügen und auf den Import angewiesen sind, eine enorme Belastung. Gerade in Ländern der dritten Welt, wo Staaten von der durch die Politik gesteuerten Weltbank und den IWF gezwungen werden, Subventionen von lebensnotwendigen Gütern abzubauen und erzielte Erträge vorrangig in den Schuldendienst zu stecken, führen Ernteaufschläge in Folge von Dürren zu immer mehr Hungersnöten, da die Preissteigerungen an den Weltmärkten nicht mehr bezahlt werden können. Auch in diesem Fall wurden für die Preissteigerungen von der Politik, allen voran vom französischen Staatspräsidenten Sarkozy, schnell die „Schuldigen“ ausgemacht. Es waren wieder einmal Spekulanten aus der Finanzbranche, die mit hohem Kapitaleinsatz die Märkte vor sich hertrieben und damit die Nahrungsmittel verteuerten. Man kann konstatieren, dass mit der Kursrallye an den Warenterminbörsen das Handelsvolumen deutlich zugenommen hat und dass Spekulanten durchaus in der Lage sind, kurzfristig Preise zu beeinflussen. Allerdings halten sich diese Preisanstiege langfristig nur dann, wenn sich die Grundannahme eines Ungleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage nachhaltig bestätigt. Ansonsten werden solche Kursmanipulationen schnell als Blase enttarnt und die Preise brechen wieder ein. Der Grund, warum z. B. die Getreidepreise nachhaltig gestiegen sind, liegt also nicht an den Spekulanten, sondern ist auf den hohen Ernteaufschlag nach der Hitzewelle in Russland und die Regenfälle während der Ernte in Europa zurückzuführen. Hinzu kommt die Tatsache, dass Getreide in

vielen Industriestaaten zusätzlich neben Nahrungs- und Futtermittel auch als Energieträger eingesetzt wird, um damit Biogasanlagen zu betreiben oder Ethanol herzustellen. Das Verhältnis von Vorrat und Verbrauch sank dadurch 2010/2011 auf unter 20 %, was für die weltweite Versorgung als kritische Lage gilt. Es sind also in erster Linie der Klimawandel und der Versuch der Industriestaaten, diesen abzumildern, die zu einer Verknappung und damit einer Verteuerung geführt haben.

Spekulanten ... Wer ist das eigentlich?

In Talkshows und anderen Medien wird gerne verallgemeinert das Unwort des „Zockers oder Spekulanten“ benutzt. Dies wird dann von der Öffentlichkeit gerne mit Banken assoziiert und speziell die Spekulation mit Grundnahrungsmitteln als moralisch verwerflich gegeißelt. Ist dieser Vergleich aber wirklich richtig?



Barbara Eckholdt / pixelio.de

Das Platzen der Immobilienblasen in den USA und Spanien sowie die Schuldenkrise im Euro-Raum wurden wie bereits beschrieben nicht von „wildem Zockerbanden“ ausgelöst, sondern sind das Ergebnis von langfristigen Fehlentwicklungen. Im Bereich der Rohstoffmärkte sind allerdings durchaus Anleger unterwegs, deren Hauptziel es ist, kurzfristig Gewinne zu erzielen. Natürlich sind es hauptsächlich institutionelle Anleger sowie Banken und Fonds, die an diesen Märkten spekulieren. Nur tun sie es häufig nicht auf eigene Rechnung, sondern vermehrt im Auftrag ihrer Kunden. Die Fondsgesellschaften aller namhaften Großbanken als auch die Fondsgesellschaften der dezentralen Verbünde haben zahlreiche Fonds aufgelegt, in die Privatanleger investieren können, um damit von den Preisentwicklungen an den Rohstoffmärkten zu profitieren. Diese Fonds werden wiederum von vielen Anlegermagazinen als gute Anlagemöglichkeit empfohlen. Somit wird vom Zahnarzt bis zur Hausfrau jeder Bürger zum Spekulanten und sorgt mit seiner Investition und dem klar definierten Anlageauftrag dafür, dass die Preise an diesen Märkten steigen können. Und wenn man



Lutz Staalknecht / pixelio.de

mal genauer schaut, wer sich hinter dem Fachbegriff „institutionelle Anleger“ verbirgt, dann entdeckt man darunter Versicherungen und Pensionsfonds. Diese haben den Auftrag, die zur Altersvorsorge bei ihnen angelegten Gelder möglichst sicher anzulegen und trotzdem hohe Renditen zu erwirtschaften. In Zeiten niedriger Zinsen und fragiler Weltkonjunktur ist dies gar nicht so einfach. Deshalb werden zurzeit auch Anlagen in Rohstoffmärkten getätigt, um die versprochene Wertentwicklung unserer Kapitallebens- und Rentenversicherungen halbwegs gewährleisten zu können. Auch hier wird also in unser aller Interesse spekuliert.

Für eine Veränderung ist ein Umdenken aller erforderlich

Wenn man die Entwicklungen der vergangenen Jahre nun betrachtet, was lässt sich als Fazit daraus ziehen?

Banken

Die Finanzkrise 2007 hat gezeigt, dass in einer globalisierten Welt die Schieflage einiger weniger Banken das weltweite Finanzsystem in Gefahr bringen kann. Deshalb sind die Anstrengungen der Politik zu begrüßen, durch härtere Eigenkapitalregeln die Überlebensfähigkeit der Banken zu erhöhen. Allerdings dürfen die unter dem Begriff „Basel III“ aufgestellten neuen Regeln nur ein erster Schritt sein, denn sie ändern nichts an der Tatsache, dass es Banken gibt, die so groß sind, dass sie ganze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen können. Zwar gibt es erste Überlegungen, diese sogenannten „SiFis“ mit noch höheren Eigenkapitalanforderungen auszustatten. Da ein Finanzinstitut aber niemals zu 100% mit Eigenkapital arbeiten wird und Verluste irgendwann jedes Eigenkapital aufbrauchen können, muss es klare Regelungen geben, wie bei solch einer Bank zukünftig im Falle einer

Schieflage zu verfahren ist. Dabei muss es darum gehen, dass die für das Finanzsystem wichtigen Bereiche ohne großen Aufwand herausgelöst und von anderen Instituten übernommen werden können, während der Rest abgewickelt wird, ohne dass der Steuerzahler für die Fehler des Managements haften muss. Aber auch in den Chefetagen der Banken muss ein Umdenken stattfinden. Die Versorgung der Realwirtschaft mit von diesen benötigten Finanzdienstleistungen muss wieder in den Mittelpunkt rücken, statt mit kurzfristigem Eigenhandel Gewinnmaximierung zu betreiben. Hier sind die Vorstände und Aufsichtsräte natürlich auf die Unterstützung der Aktionäre angewiesen, denn diese müssen sich dann im Zweifel auch mit niedrigeren Dividenden zufriedengeben.

Politik

Ebenso wichtig für die Vermeidung zukünftiger Krisen ist ein entschlossenes Handeln der Politik. Zunächst ist es wichtig, die Ursachen der Finanzkrise 2007 zu analysieren und für die Finanzbranche neue Spielregeln aufzustellen, damit solche dramatischen Verwerfungen zukünftig weniger wahrscheinlich werden. Hier ist man wie gesagt auf einem guten Weg. Noch wichtiger ist allerdings, dass die Politik die durch eigenes Fehlverhalten ausgelöste Schuldenkrise in Europa durch beherrztes Handeln in den Griff bekommt. Wenn der Euro als gemeinsame Währung gewollt ist, dann muss es ein ausdrückliches Bekenntnis der politischen Entscheidungsträger geben, dass jedem Land der Eurozone zunächst geholfen wird, um die Märkte zu beruhigen und der täglichen Spekulation den Wind aus den Segeln zu nehmen. Es hat keinen Sinn, in Griechenland und anderen Ländern mit dem Taschenrechner auszurechnen, wie viele Millionen hinter dem Komma als Finanzhilfe gerechtfertigt sind und mit dem erhobenen Zeigefinger aufzuzeigen, welche Fehler in diesen Staaten gemacht wurden, denn sie verunsichern Bürger und Märkte und drohen Europa zu spalten. Dass dies übergangsweise zu einer Transferunion führen kann und gerade uns in Deutschland nicht gefallen kann, ist verständlich. Deshalb müssen als weiterer Schritt in Europa



Helmut Wegmann / pixelio.de

endlich die Haushalte der Staaten konsolidiert werden und mit dem Abbau der immensen Schuldenberge begonnen werden. Ob der gemeinsame Wille bei den politisch Handelnden in den Mitgliedsstaaten groß genug ist, die dazu notwendigen Schritte einzuleiten, sei es die weitere Harmonisierung im Steuer- und Abgabebereich, die Aufgabe von hoheitlichen Rechten etwa in der Finanzpolitik bis hin zur Akzeptanz von Auflagen und Sanktionen für „Schuldensünder“, ist zurzeit leider mehr als fraglich. Oder wie ist es sonst zu erklären, dass Griechenland immense Sparanstrengungen als Gegenleistung für Hilfgelder abverlangt werden, während in Deutschland trotz weiterer Neuverschuldung Steuersenkungen beschlossen werden?

Private Haushalte

Wie so oft kommt es wieder einmal auf jeden einzelnen Bürger als Kunde und Konsument an, ob sich die Dinge nachhaltig verändern oder nicht. Als Wähler haben wir die Möglichkeit, auf die Politik den notwendigen Druck auszuüben, damit Regulierungen nicht durch Lobbyarbeit aufgeweicht werden kann. Da das Thema Regulierung im Bereich der Finanzindustrie extrem komplex ist, werden sich zurzeit die meisten, die sich nicht regelmäßig mit der Materie beschäftigen, auf das Urteil der Politik und Experten verlassen müssen. Allerdings haben die Parteien ja durchaus unterschiedliche Denkansätze, wie sie das System verändern wollen, so dass hier eine grundsätzliche Einordnung möglich sein sollte. Als Kunde und damit Konsument hat jeder Bürger die größte Macht, Änderungen in seinem

Sinne herbeizuführen. Dabei sollte allerdings jeder aufpassen, dass er sich nicht einer gewissen Doppelmoral schuldig macht. Sich über die Spekulationen an den Rohstoffmärkten entrüsten und zeitgleich selbst in Rohstofffonds investieren, geht nicht. Sich darüber aufregen, dass der Steuerzahler in Europa viele Banken mit Milliardenbeträgen retten musste und seine Ersparnisse anschließend zu genau diesen Banken zu transferieren, weil sie den höchsten über dem Markt liegenden Zinssatz bieten, passt auch nicht zusammen. Als Aktionär einer Groß-

bank eine möglichst hohe Dividende zu erwarten und sich dann darüber echauffieren, dass der Vorstand dieser Bank Eigenkapitalrenditen von mehr als 20 % anstrebt, ist zumindest fragwürdig.

Im Gegensatz zu den oligopolistischen Strom- und Mineralölmärkten, wo die Auswahlmöglichkeiten recht begrenzt sind, bieten in der Finanzbranche viele Teilnehmer fast identische Produkte und Dienstleistungen an. Die Grundausrichtung der einzelnen Anbieter ist dabei allerdings durchaus unterschiedlich. So sind in Deutschland beispielsweise die Genossenschaftsbanken und Sparkassen regional und am Gemeinwohl orientiert. Sie sehen die Versorgung aller privaten Haushalte und des Mittelstandes mit Finanzdienstleistungen als ihre Hauptaufgabe an und verfügen deshalb in der Region über ein weitreichendes Filialnetz. Da Gewinnmaximierung für sie kein Unternehmensziel ist, fördern sie als Sponsoren und über Spenden zahlreiche soziale, kulturelle und sportliche Projekte. Dann gibt es die Privatbanken, die in erster Linie ihren Eigentümern verpflichtet sind und für diese versuchen, eine möglichst hohe Rendite zu erzielen. Deshalb haben sie in der Vergangenheit wegen nur geringer Zinsmargen des Öfteren lieber im Investmentbereich Eigenhandel betrieben. Das Kundengeschäft und ihre der Realwirtschaft dienende Funktion wurde nicht unbedingt in den Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit gestellt und den Kunden deshalb auch nur an ausgewählten Standorten Filialen für den direkten Kontakt und Beratung angeboten. Mit dem neuen Medium Internet entstanden als neuer Bereich die Direktbanken, die praktisch keinen direkten Zugang bieten und nur mittels Telefon und Internet für ihre Kunden zu erreichen sind. Deren Ziel ist es, möglichst standardisierte Produkte anzubieten, für die wenig fachlich qualifiziertes Personal notwendig ist und die daher kostengünstig angeboten werden können.

Damit können die Grundkonzepte ein wenig provokativ folgendermaßen umschrieben werden:

„Geiz ist geil“ (Direktbanken) oder
 „Wasser predigen und Wein saufen“ (Investmentbanken) oder
 „Leben und leben lassen“ (Sparkassen und Volksbanken)
 Als Bürger und als Kunden haben wir es in der Hand!



Verbandstagung Wien 2010



Vom 23. bis 25. September 2010 fand unsere jährliche Jahrestagung und Mitgliederversammlung in der österreichischen Bundeshauptstadt Wien statt. Gastgeber war die Erste Bank, deren Einladung zahlreiche Ver-

treter unserer Mitgliedsinstitute aus vielen europäischen Ländern gefolgt waren.

Die Tagung startete am Donnerstagabend im Palais Ferstel. Während eines Galadiners wurden die Gäste durch ein Ensemble der Wiener Oper mit einem Potpourri aus Werken von Mozart unterhalten.

Offiziell wurde die Jahrestagung am Freitag durch den Präsidenten des Verbandes Freier Sparkassen, Dr. Tim Neseemann eröffnet. Im Anschluss begrüßte Dr. Thomas Uher, Vorstandssprecher der Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG als Gastgeber die Teilnehmer und hieß sie in der Stadt im Herzen Zentraleuropas willkommen. Dem Willkommensgruß schloss sich Kommerzialrat Hohegger als Präsident des österreichischen Sparkassenverbandes an.

Es folgte der traditionelle jährliche Bericht des Präsidenten der Freien Sparkassen. Dr. Neseemann begrüßte den Versuch der G20-Staaten, als Konsequenz der Finanzkrise neue Regularien zu schaffen, die einen Ausbruch solcher Krisen in der Zukunft weniger wahrscheinlich machen würden. Allerdings zeigte er sich über die bisher beschlossenen Maßnahmen enttäuscht, da sie seiner Ansicht nach genau das Gegenteil dessen bewirken würden. Dr. Neseemann machte an einigen Beispielen deutlich, dass zukünftig eher die kleinen und regionalen Retailbanken wie Sparkassen und Genossenschaften, in der Krise aufgrund ihres konservativen Geschäftsmodells ein Stabilitätsfaktor, mit den Vorgaben von Basel III zu kämpfen hätten, während die Verursacher der Krise – globale Investmentbanken und Institutionen aus dem Schattenbankenbereich – ohne größere Probleme zum „business as usual“ zurückkehren könnten. Der Präsident forderte die Politik in Brüssel auf, diese Problematik sehr ernst zu nehmen und bei der Umsetzung in eu-

ropäische Richtlinien zu berücksichtigen. Ungeachtet dessen mahnte Dr. Neseemann mit Blick auf die bevorstehenden regulatorischen Veränderungen die Bereitschaft von Teilen der deutschen Sparkassenorganisation und der Politik an, notwendige Strukturveränderungen anzugehen. So werde bei den Landesbanken bisher nur auf Druck von Brüssel reagiert, anstatt den notwendigen Rückbau zu Verbundbanken aktiv anzugehen. Aber auch im Bereich der öffentlichen Versicherer und Bausparkassen sei man nach Ansicht des Präsidenten noch viel zu kleinteilig aufgestellt und verschenke damit riesige Synergiepotentiale.

Im Anschluss an den Bericht des Präsidenten gab der Konzernchef der Erste Group Bank AG, Andreas Treichl den Teilnehmern einen Überblick über die Aktivitäten des österreichischen Sparkassenspitzeninstituts in den osteuropäischen Ländern. Er schilderte den Anwesenden die Erfolge, die in diesen Ländern zu verzeichnen sind, sprach aber auch die Probleme an, die im Zuge der Krise zu bewältigen waren.



v.l.n.r.: Dr. Thomas Uher, Vorstandsvorsitzender Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG; Dr. Harald Vogelsang, Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG; Wolfgang Pötschke, Vorstandsvorsitzender Sparkasse zu Lübeck AG; Dr. Tim Neseemann, Vorstandsvorsitzender Die Sparkasse Bremen AG; Dr. Markus Limberger, Vorstandsvorsitzender Sparkasse Oberösterreich AG; Mag. Othmar Karas, Vizepräsident der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament; Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V.

Der zweite Teil des Vormittags stand ganz im Zeichen der Regulierungsbemühungen der EU. Zunächst berichtete Dr. Karl-Peter Schackmann-Fallis, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV), über die aktuellen Bestrebungen der EU-Kommission und mit welchen Änderungswünschen der DSGV in die Gespräche mit den Entscheidungsträgern in Brüssel gehen werde. Ein Schwerpunkt sei dabei die stille Einlage als haftendes Eigenkapital, die nach aktuellem Stand nur von öffentlich-rechtlichen Instituten unter bestimmten Voraussetzungen dem Eigenkapital zugerechnet werden könnten. Hier wolle sich der DSGV für eine rechtsformneutrale Betrachtung einsetzen, da es keinen Grund gäbe, warum öffentlich-rechtliche Sparkassen und Landesbanken die stillen Einlagen bei Erfüllung bestimmter Kriterien ihrem Kernkapital hinzurechnen könnten, während sie bei den Freien Sparkassen und Landesbanken in der Rechtsform einer Aktiengesellschaft ab 2013 vollständig wegfallen sollen. Als weiterer Experte zum Thema Bankenregulierung konnte dazu Mag. Othmar Karas gewonnen werden. Mag. Karas ist Mitglied des EU-Sonderausschusses CRIS, dessen Aufgabe die Entwicklung der notwendigen Schritte als Reaktion auf die Finanzkrise ist. In seinem Vortrag bedankte sich der österreichische Europaabgeordnete vor allem für die gute Zusammenarbeit mit dem österreichischen Sparkassenverband, der ihm einige Male mit fachlichem Rat zur Seite gestanden hatte. Mag. Karas bemängelte ebenfalls die von der EU-Kommission geplante 1:1-Übernahme der Baseler Regularien, da sie nach seiner Ansicht zu stark auf das anglo-amerikanische Investmentbanken-System zugeschnitten und für das kontinentaleuropäische Retail-



Mag. Othmar Karas M.B.L.-HSG, Vizepräsident der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament

banken-Modell eher schädlicher Natur sind. Zugleich beruhigte er die Teilnehmer, indem er Ihnen schilderte, dass im europäischen Parlament, das letztlich die neue Regulierung beschließen müsse, zurzeit die Vorstellungen von Plenum und Kommission in wichtigen Teilen auseinander gingen. So rege sich deutliche Kritik an der Unterscheidung der Eigenkapitalbestandteile rein nach der Rechtsform, die Mag. Karas nach dem Gleichheitsgrundsatz zudem für verfassungsrechtlich bedenklich hält. Außerdem wolle er in Ausschuss und Plenum dafür kämpfen, dass die neuen Regeln nur dann eingeführt würden, wenn sie dieses Mal auch von den USA übernommen würden, um Arbitragen zu vermeiden. So planten die US-Amerikaner derzeit, Basel III nur für Institute mit einer Bilanzsumme von mehr als 10 Mrd. US-\$ einzuführen. Mag. Karas bat zum Ende seines Vortrages um Mithilfe der teilnehmenden Vorstandsmitglieder und forderte sie auf, den Kontakt zur regionalen Politik zu suchen und die für Fachleute offenkundigen

Fehlstellungen des Basel III-Entwurfs immer wieder in Gesprächen zu benennen. Vielen Politikern sei noch gar nicht klar, dass auch die kleine regionale Sparkasse oder Volksbank massiv von Basel III betroffen ist. In der öffentlichen Wahrnehmung gehe es immer nur um die großen Investmenthäuser.

Auf Herrn Mag. Karas folgte im Anschluss ein Gastredner, der traditionell aus den Bereichen Politik, Wissenschaft und Kultur stammt. In Wien war es der Direktor der Albertina, Dr. Klaus Albrecht Schröder. Er gab



Präsident Dr. Tim Nesemann

den Teilnehmern mit seinem Vortrag „Zinsgroschen – Geld in der Kunst“ einen Einblick in die Entstehung der Begrifflichkeiten von Geld und Banken und untermauerte die historischen Fakten mit Fotos von Gemälden berühmter Künstler. Für die Tagungsgäste ein interessanter und sehr unterhaltsamer Vortrag.

Zum Abschluss der Vormittagsveranstaltung wurde von Präsident Dr. Neumann eine Ehrung ausgesprochen. Dr. Holger Berndt, von 1993 bis 2004 Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des DSGV, von 2002 bis 2006 Präsident des Weltinstitutes der Sparkassen und seit 1999 Vorstandsvorsitzender der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation, wurde für seine zahlreichen Verdienste um den Erhalt der Sparkassenidee mit der Verbandsehrennadel in Gold ausgezeichnet.

Nach der Mittagspause folgte ein neuer Programmpunkt unter dem Namen „Internationaler Erfahrungsaustausch“. Zunächst stellten Vertreter aus den teilnehmenden Nationen in Impulsreferaten die aktuelle Situation in den jeweiligen Ländern dar. In der darauf folgenden Diskussionsrunde bot sich den Teilnehmern ausreichend Gelegenheit für den Austausch von wirtschafts- und sparkassenpolitischen Informationen und Meinungen.



Verleihung der Ehrennadel an Dr. Holger Berndt, Vorstandsvorsitzender der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation

In einer Pressekonferenz wurden die Positionen der Freien Sparkassen deutlich gemacht. Auch Mag. Othmar Karas, der als Gast an der Pressekonferenz teilnahm, gab den anwesenden Pressevertretern ausführlich Auskunft über die Vorgänge im europäischen Parlament und Kommission zum Thema Bankenregulierung. Die öffentliche Berichterstattung half dabei, die Anliegen und Standpunkte nach Außen zu vertreten.



Mag. Andreas Treichl, CEO der Erste Group Bank AG

Das Rahmenprogramm führte die Teilnehmer neben einem Besuch des Stiftes Klosterneuburg durch die Vielfalt der Metropole Wien. Nach dem Besuch einer Picasso-Ausstellung in der Albertina, einem historischen Rundgang durch Wiens Gassen oder einer Führung durch Schloss Schönbrunn rundete ein Konzert der Jungen Philharmonie im Wiener Börsengebäude den kulturellen Rundgang ab. Ein Abendessen in besonderem Ambiente bildete den Abschluss der Veranstaltung, der den Teilnehmern sicher noch lange in guter Erinnerung bleiben wird.



Mitgliedssparkassen in Europa

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Die ordentlichen Mitgliedssparkassen

Stand: 31.12.2010

Sparkassen	Bilanz- summe Mio. EUR	Kredit- volumen 1) Mio. EUR	Gesamt- einlagen 2) Mio. EUR	Eigen- kapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bank- stellen 3)
Aktiengesellschaften						
Bordesholmer Sparkasse AG Bahnhofstraße 43-47 24582 Bordesholm	702	425	368	49	165	8
Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG Markt 29, 25821 Bredstedt	555	477	180	24	92	2
Die Sparkasse Bremen AG Am Brill 1-3, 28195 Bremen	10 604	7 704	6 610	562	1 532	59
Hamburger Sparkasse AG Ecke Adolphsplatz/Gr. Burstah 20457 Hamburg	38 233	26 166	30 080	1 597	5 622	276
Sparkasse zu Lübeck AG Breite Straße 18-28, 23552 Lübeck	2 212	1 628	1 390	144	473	15
Sparkasse Mittelholstein AG Röhlingsplatz 1, 24768 Rendsburg	1 864	1 421	1 063	107	294	10
Rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts						
Sparkasse Westholstein Dithmarscher Platz 2, 25524 Itzehoe	2 745	2 214	2 021	157	652	28
Insgesamt 7 Institute	56 915	40 035	41 712	2 640	8 830	398

1) Forderungen an Nichtbanken, Wechselkredite, Durchlaufende Kredite, Avale

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen, ohne nachrangige Verbindlichkeiten

3) ohne Selbstbedienungs-Service-Stellen

Die ordentlichen Mitgliedsparkassen

Realwirtschaft erholt sich weitgehend von Rezession

Die Rezession, die um den Jahreswechsel 2008/2009 als Folge der Finanzkrise eingesetzt hatte, konnte 2010 in vielen Regionen der Welt bereits in Summe schon wieder überwunden werden. Die Erholung verlief allerdings sehr heterogen, mit großen Wachstumsunterschieden und in sehr verschiedenen Strukturen in den einzelnen Ländern. Die größte Wachstumsdynamik verzeichneten wieder einmal die Schwellenländer Asiens und Lateinamerikas, die auch von der vorherigen Krise nur sehr begrenzt betroffen waren. In China mehrten sich bereits Anzeichen für eine Überhitzung.

In vielen Industrieländern war die Erholung allerdings von eher schwacher Natur. Staaten, die durch überhitzte Immobilienmärkte und durch eine zu hohe private und/oder öffentliche Verschuldung in die Krise geraten sind, leiden noch immer unter dem Bereinigungsprozess dieser Lasten. In diesen Fällen war die große Rezession in erster Linie kein konjunkturelles Problem sondern hatte fundamentalen Charakter. So bleibt die Lage in den USA weiterhin angespannt, die wirtschaftliche Erholung ist dort vor allem von einer expansiven Wirtschaftspolitik getrieben, bei weiterhin hohen Arbeitslosenzahlen. Auch im Euroraum gibt es mit Irland, Portugal, Spanien und vor allem Griechenland Staaten, die an der weltweiten Erholung nicht partizipieren konnten. Diese Länder, die in unterschiedlicher Form unter hoher Verschuldung der öffentlichen Haushalte, geringer Wettbewerbsfähigkeit, maroden Banksystemen und geplatzten Immobilienblasen leiden, haben durch die Gemeinschaftswährung Probleme mit stagnierenden Arbeitsmärkten und können die Anpassungsrezession nicht durch eine Währungsabwertung vornehmen.

Im Gegensatz dazu nimmt Deutschland im Berichtsjahr eine Sonderrolle ein und bildet innerhalb des Euroraums den Kontrast zu diesen Problemländern. Mit einem realwirtschaftlichen Wachstum des BIP in Höhe von 3,6 % in 2010 stellte sich die Erholung schneller und kräftiger ein, als zu Beginn des Jahres erwartet. Allerdings hatte Deutschland im Jahr zuvor durch seine starke Abhängigkeit vom Außenhandel einen Einbruch des BIP von 4,7 % hinnehmen müssen.

Außenhandel und Binnenwirtschaft legen kräftig zu

Hauptmotor für das Wachstum war zu Beginn des Jahres wieder einmal der Export. Deutschland profitierte dabei maßgeblich von seiner Ausrichtung auf Investitionsgüter, die vor allem von den Schwellenländern stark nachgefragt waren. Der jüngste Zuwachs stammt also nicht aus dem innereuropäischen Handel. Trotzdem bestehen durch einen wieder wachsenden Leistungsbilanzüberschuss gegenüber den Partnerländern der Währungsunion noch große Ungleichgewichte, die Spannungen im System verursachen. Sollte sich allerdings der Aufschwung als dauerhaft erweisen, beleben sich in der Folge auch die Binnennachfrage und die deutschen Importe, die 2010 bereits um 13 % zulegten.

Im zweiten Halbjahr 2010 verlagerten sich die Wachstumskräfte zusehends zur Binnenwirtschaft. Im Gesamtjahr betrug der Anteil bereits 2,5 Prozentpunkte des addierten Wachstums. Diese frühe Investitionstätigkeit kam sehr überraschend, war die Kapazitätsauslastung in 2010 noch recht niedrig und das Produktionsniveau vor der Rezession noch lange nicht wieder erreicht. Offenbar haben die Rezession und der Strukturwandel die Anlagen qualitativ trotzdem so weit abgenutzt, dass für den Aufschwung neue Ausrüstungen notwendig wurden. Auch die Bauwirtschaft konnte noch einmal von einer letzten Welle öffentlicher Maßnahmen im Zuge der Konjunkturpakete profitieren. Dadurch legten die Bruttoanlageinvestitionen in Deutschland in 2010 um real 5,5 % zu.

Erstmals seit zehn Jahren konnte aber auch der private Konsum mit einem realen Wachstum wieder zulegen und zwar um 0,5 % im Jahresdurchschnitt. Zu Beginn des Jahres litt der Konsum noch ein wenig unter den Folgen der „Abwrackprämie“. Viele Verbraucher hatten die Anschaffung eines Neufahrzeuges vorgezogen und nutzten das Jahr 2010, um über eine hohe Sparquote ihre Vermögenssituation wiederherzustellen. Im Verlauf des Jahres belebte sich die Kauflaune aber wieder und das Weihnachtsgeschäft brachte noch einmal einen kräftigen Schub.

Die Sparquote als Anteil der privaten Ersparnisbildung lag trotz des höheren Konsums mit 11,4 % um 0,3 % über der von 2009.



Arbeitsmarkt weiterhin erfreulich

Bis weit ins das Jahr 2010 hinein wurde mit der Erwartung gehandelt, dass der Aufschwung nur von kurzfristiger Dauer sein könnte und es bei Abflachen der Entwicklung doch noch zu Entlassungen kommen würde. Nach Auslaufen der Kurzarbeitsregelungen kam es aber nicht zu einem Anstieg der Arbeitslosenquote, da die Erholung deutlich stärker war als vermutet. So konnten die Kurzarbeitsregelungen mit einer Rückkehr in die Normalbeschäftigung beendet werden, in manchen Branchen wurden zuletzt sogar bereits wieder Überstunden gemacht und Sonderschichten gefahren. Neben den Kurzarbeitsprogrammen haben sich viele Betriebe auch mit flexiblen Arbeitszeitkonten über die Krise gerettet, ohne Entlassungen vornehmen zu müssen. Weitere Gründe für die schnelle Erholung waren die Lohnzurückhaltung im vorangegangenen Boom, die bei den Firmen zu Reserven bei Ertragslage und Lohnstückkosten geführt haben und in der Rezession und in der momentanen Erholung helfen konnten. Außerdem ist es in Deutschland zu einem Strukturwandel gekommen. In der Industrie gingen im Zuge der Rezession durchaus Arbeitsplätze verloren. Diese Arbeitsplätze konnten aber durch eine Expansion im Dienstleistungssektor überkompensiert werden. Mit 40,5 Millionen Erwerbstätigen waren 2010 so viele Menschen wie noch nie in Deutschland beschäftigt. Erfreulicherweise wurden zuletzt auch wieder vorwiegend sozialversicherungspflichtige Vollzeitstellen geschaffen, deren tatsächlich ausgezahlte Lohnsummen in 2010 weiter gestiegen sind. Dies hat den Konsum der privaten Haushalte zusätzlich angeregt.

Preisentwicklung trotz expansiver Geldpolitik noch im Rahmen

Um gut ein Prozent sind die Verbraucherpreise in Deutschland 2010 gestiegen. Die noch geringe Kapazitätsauslastung in der Industrie mag

ein Grund für die moderate Preisentwicklung gewesen sein. Damit lag die Inflationsrate in Deutschland mit ca. 0,5 % unter dem Durchschnitt des Euroraums. Die in den Partnerländern dringend erforderliche Aufholung an preislicher Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Deutschland hat also auch 2010 nicht stattgefunden. Möglicherweise kehren sich diese Relationen aber durch die stärkere Konjunktur und Kreditvergabe in Deutschland in der nahen Zukunft um.

Obwohl die EZB ihr vordergründiges Ziel der Preiswertstabilität mit einer Inflationsrate von unter zwei Prozent erreicht hat, ist die Geldpolitik der EZB nicht frei von Sorgen. Die Finanzkrise und Rezession wirken immer noch nach, deshalb wurde der bereits angekündigte Ausstieg aus den geldpolitischen Sonderinstrumenten nur teilweise vollzogen. Die Zwölfmonatstender liefen in 2010 aus und wurden nicht neu aufgelegt, dafür wurde die Vollzuteilung bei kürzer laufenden Refinanzierungsgeschäften beibehalten. Im Zuge der Schuldenkrise in Griechenland begann die EZB, Staatsanleihen von Banken anzukaufen. Dieses Vorgehen brachte ihr viel Kritik ein, schließlich ist es nicht die Aufgabe der Notenbank, Anleiherisiken zu übernehmen.

Die Fiskalpolitik in Deutschland wirkte in 2010 noch teilweise stimulierend. Viele Komponenten des in 2009 aufgelegten Konjunkturprogramms wirkten auch in 2010 noch fort, gemessen an der Veränderung des Fiskalsaldos zum Vorjahr gingen aber keine großen expansiven Impulse mehr von ihnen aus. Mit einem Haushaltsdefizit in Höhe von 3,5 % des Bruttoinlandsproduktes ist Deutschland im Berichtsjahr noch ausgesprochen gut davongekommen. Sich im Jahresverlauf deutlich erholende Steuereinnahmen haben eine größere Neuverschuldung verhindert. Dazu blieb die Finanzierungslücke auch aufgrund der guten Arbeitsmarktlage deutlich unter den ursprünglichen Budgetplanungen.

Rahmenbedingungen

Die Bordesholmer Sparkasse AG betreibt als Sparkasse das Universalbankgeschäft und bietet ihren Kunden neben umfassender Betreuung in 8 Filialen mit 164 Mitarbeitern die komplette Palette von Finanzdienstleistungen an. Dazu arbeitet sie im Verbundgeschäft mit starken Partnern wie der LBS Schleswig-Holstein, der Hamburger Sparkasse AG sowie der HSH Nordbank und LGS Leasinggesellschaft der Sparkasse GmbH zusammen. Bedingt durch die Übernahme der Sparkasse St. Margarethen-Wacken ist das Filialnetz mittlerweile quer über das Bundesland Schleswig-Holstein verteilt. Im Bereich St. Margarethen-Wacken sowie in den Regionen Bordesholm und Flintbek ist man Marktführer, während die Bordesholmer Sparkasse im Kieler Umfeld sowie in Neumünster angesichts der starken Wettbewerbssituation lediglich als kleinerer Anbieter auftritt.

Westlich der Gemeinde Bordesholm, in der ca. 7.500 Menschen leben, liegt das Bordesholmer Dreieck, an dem die Bundesautobahn 215 nach Kiel von der Bundesautobahn 7 von Hamburg nach Flensburg abzweigt. Zusätzlich ist Bordesholm an die Schienenverbindung Hamburg-Kiel angeschlossen und damit für die Einwohner der Region verkehrstechnisch hervorragend vernetzt. Der Haupteinzugsbereich der Bordesholmer Sparkasse AG zählt auf 40 km² insgesamt ca. 15.000 Einwohner und ist damit eher dünn besiedelt. Daher bestimmen in der Region landwirtschaftliche Betriebe das Bild, verarbeitendes Gewerbe ist nur in geringem Umfang vorhanden.

Für die Bordesholmer Sparkasse AG steht eine über alle Lebensphasen hinweg auf die persönliche Situation des Kunden zugeschnittene Beratung im Vordergrund. Um die steigenden Anforderungen der Kunden an die Beratung erfüllen zu können, werden die Qualifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Struktur und Leistungsangebot der bestehenden Vertriebswege ständig optimiert. Leistungsfähige Produkte, ein klarer „bestadvice-Ansatz“ und Wahlfreiheit beim Zugangsweg – über Filialen, Telefon oder Internet – sind für die Bordesholmer Sparkasse AG selbstverständlich. Dabei stehen der persönliche Kontakt und die Nähe zum Kunden als grundlegende Basis für eine erfolgreiche und vertrau-

ensvolle Geschäftsverbindung im Vordergrund.

Das Geschäftsjahr 2010

Für die Bordesholmer Sparkasse AG stand im Berichtsjahr wie in den Vorjahren die Steigerung der Vertriebskraft im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Als Vertriebsparkasse hat unser Mitgliedsinstitut seine Aktivitäten konsequent an den Bedürfnissen der Kunden ausgerichtet, um so die Kundenbeziehungen weiter zu intensivieren. Der Erfolg dieser Bemühungen spiegelt sich in vielen Bilanzpositionen wieder. Zwar verringerten sich die Bilanzsumme und das Geschäftsvolumen leicht um 1,3 % bzw. 1,1 %, dies war aber vor allem auf den geplanten strategischen Abbau der Eigenanlagen zurückzuführen. Die Bilanzsumme per 31.12.2010 lag damit bei 701,7 Mio. EUR, das Geschäftsvolumen reduzierte sich auf 712,6 Mio. EUR. Die Forderungen an Kunden nahmen im vergangenen Jahr deutlich um 36,9 Mio. EUR oder 9,5 % auf 425,2 Mio. EUR zu. Dies war der stärkste Zuwachs, den die Bordesholmer Sparkasse AG in den letzten zehn Jahren erreicht hat und lag damit deutlich über dem Durchschnitt der Sparkassen im Lande. Mit Darlehenszusagen in Höhe von 92,6 Mio. EUR ist das bereits hohe Niveau des Vorjahres (68,3 Mio. EUR) noch einmal um über 35 % angehoben worden. Neben einer



Detlev Küfe, Vorstandsvorsitzender und
Sven Jahnke, Vorstandsmitglied



starken Nachfrage nach Wohnungsbaufinanzierungen war dafür ein herausragendes gewerbliches Kreditgeschäft verantwortlich. Insbesondere im Bereich des Konsortialkreditgeschäftes wurden gemeinsam mit anderen Sparkassen viele neue Kreditmittel bereitgestellt. So konnten im Bereich der regenerativen Energiemaßnahmen zahlreiche Projekte finanziert werden. Das Gesamtmittelaufkommen von Kunden (einschließlich verbriefter Verbindlichkeiten und nachrangiger Verbindlichkeiten) ist in einem unverändert hart umkämpften Markt gegenüber dem Vorjahr leicht um 1,0 Mio. EUR oder 0,3 % auf 381,2 Mio. EUR gestiegen. Der Anstieg resultiert aus einer Erhöhung von täglich fälligen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden um 7,9 Mio. EUR, während die anderen Verbindlichkeiten mit vereinbarter Laufzeit nahezu unverändert blieben. Langfristige Inhaberschuldverschreibungen und nachrangige Verbindlichkeiten ermäßigten sich um 4,7 Mio. EUR bzw. 2,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr. Die Folgen der Finanz- und Wirtschaftskrise waren in 2010 weitestgehend überstanden, auch wenn der prognostizierte Bewertungsaufwand im Kundenkreditgeschäft unter anderem aufgrund der „Nachwehen“ der Krise fast erreicht wurde. Der Bewertungsaufwand bei den Wertpapieren fiel hingegen deutlich niedriger aus als erwartet.

Das seit dem Frühjahr ständig zurückgegangene Marktzinsniveau, insbesondere im kurzfristigen Bereich, führte zu einem deutlich verbesserten Zinsüberschuss und so konnte im Jahr 2010 mit 8,3 Mio. EUR ein sehr gutes, die Planungen um deutliche 30 % übersteigendes Betriebsergebnis vor Bewertung erreicht werden.

Der Zinsüberschuss sowie die laufenden Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen stiegen deutlich um 2.285 TEUR auf 16,3 Mio. EUR, was zum einen auf höhere Zinserträge aus den Eigenanlagen (u. a. aus Fristentransformationsbeiträgen) und zum anderen vor allem auch auf den seit März des Berichtsjahres deutlichen Zinssenkungstrend zurückzuführen ist. Auch der Provisionsüberschuss konnte durch höhere Erträge aus dem Verbundgeschäft leicht um 122 TEUR auf 4,1 Mio. EUR gesteigert werden.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen haben sich gegenüber dem Vorjahr kaum verändert und lagen bei 12,4 Mio. EUR. Die darin enthaltenen Personalaufwendungen einschließlich der sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung als auch der Sachaufwand blieben dabei mit 7,7 Mio. EUR bzw. 4,6 Mio. EUR nahezu konstant.

Anders als im Vorjahr ergab sich im neutralen Ergebnis ein negativer Saldo in Höhe von 1,5 Mio. EUR (im Vorjahr positiver Beitrag in Höhe von 586 TEUR). Hier schlugen zum einen Kosten aus der im Jahr 2010 erfolgten Fusion der Rechenzentren (FinanzIT und SparkassenInformatik) zur FinanzInformatik im Rahmen der Migration auf die neuen Systeme (OSPlus) zu Buche. Zum anderen war die Bordesholmer Sparkasse AG verpflichtet, in den Sparkassenstützungsfonds des SGVSH Mittel nachzuschließen, die durch Stützungsfälle in den Vorjahren entnommen werden mussten.

Unter dem Strich konnte dennoch ein deutlich höherer Bilanzgewinn von 1.452 TEUR nach 113 TEUR im Vorjahr erzielt werden. Die Cost-Income-Ratio sank auf unter 60 % und liegt mit 59,6 % deutlich unter dem Durchschnitt in Schleswig-Holstein (68,1 %). Die Eigenkapitalquote stieg auf 6,9 %, der Solvabilitätskoeffizient lag mit 16,18 % deutlich über dem zurzeit geforderten Mindestwert von 8,0 %.

Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG

Rahmenbedingungen

Mitten in der Region Nordfriesland liegt die mit 5.000 Einwohnern kleine Stadt Bredstedt. Da dieser Landstrich Schleswig-Holsteins dünn besiedelt ist und vor allem landwirtschaftlich genutzt wird, hat die Finanz- und Weltwirtschaftskrise die Region im letzten Jahr nur bedingt getroffen. Durch die Nähe zu den Nordseeinseln und Halligen ist der Tourismus eine der Hauptbranchen in der Region, erwirtschaftet 20 % des Volkseinkommens an der Westküste und beschäftigt 25.000 Arbeitskräfte. Bredstedt selbst ist Luftkurort seit 2001 und durch seine zentrale Lage ein idealer Ausgangspunkt für Urlauber. Zudem ist Nordfriesland auch für Unternehmen ein idealer Standort. Vor allem im Bereich der erneuerbaren Energien – insbesondere der Windkraft – hat die Region in Deutschland eine Vorreiterrolle eingenommen. Mehr als 5.500 Arbeitnehmer sind in Schleswig-Holstein in der Windkraftbranche tätig und es hat sich ein bundesweit einmaliges Branchencluster mit Zentralen der namhaften Windkraftanlagenhersteller sowie weiteren zugehörigen Betrieben etabliert. Durch die Nähe der Region zu vier schon genehmigten und weiteren fünf geplanten Offshore-Windparks stehen die Aussichten sehr gut, dass sich in naher Zukunft weitere Unternehmen in Nordfriesland ansiedeln. Aus Zeit- und Kostengründen ist es notwendig, dass am Offshore beteiligte Unternehmen in direkter Nähe zu den Errichtungsplätzen der Meereswindparks agieren können. Daher stehen die Chancen gut, dass sich auch in den kommenden Jahren neue Zulieferer, Dienstleister und Serviceunternehmen für die Windbranche in Nordfriesland niederlassen werden und der Region weitere Arbeitsplätze bringen.

Die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG betreibt ihre Geschäfte als Universalbank im Kreis Nordfriesland und in den angrenzenden Kreisen. Mit ihren 94 Mitarbeitern in 2 Filialen bietet sie ihren Kunden die komplette Produktpalette einer modernen Universalbank an. Möglich macht dies die Zusammenarbeit im Verbund mit der LBS Schleswig-Holstein, DekaBank, Provinzial NordWest sowie der Hamburger Sparkasse AG.

Durch die starke Präsenz der Windenergiebran-

che in der Region ist unser Mitgliedsinstitut in den letzten Jahren darüber hinaus verstärkt im Bereich der Finanzierung regenerativer Energien tätig. Dabei hat die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG sowohl in der Finanzierung einzelner Windräder als auch – in Kooperation mit anderen Sparkassen – im Bereich der Projektfinanzierung ganzer Windparks große Expertise erworben.

Das Geschäftsjahr 2010

Die geschäftspolitische Ausrichtung der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG als kompetenter Geschäfts- und Finanzierungspartner vor Ort wurde im Berichtsjahr konsequent weiterverfolgt. Die Nähe zum Kunden und die Bindung in der Region „Mittleres Nordfriesland“ wurden dadurch weiter gefestigt. Ihrer Aufgabe, auf der Grundlage der Markt- und Wettbewerbserfordernisse für ihr Geschäftsgebiet den Wettbewerb zu stärken und alle Bevölkerungskreise angemessen und ausreichend mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen zu versorgen, ist die Sparkasse im Jahr 2010 nachgekommen. Die Situation im Kreditgewerbe ist durch eine anspringende Konjunktur, Nachwirkungen der Finanzkrise sowie weiterhin durch einen ausge-



Frank Stäcker,
Vorsitzender des Vorstandes;
Martin von Atens,
Mitglied des Vorstandes



prägten Wettbewerb gekennzeichnet. Dieser wird durch eine aggressive Konditionspolitik von Direktbanken und anderen Finanzdienstleistungsunternehmen geprägt. Angesichts dieses insgesamt schwierigen Umfeldes mit entsprechenden Auswirkungen auf die Geschäftsentwicklung kann die Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG auf ein bedingt zufriedenstellendes Geschäftsjahr 2010 zurückblicken.

Im Berichtsjahr konnte die Sparkasse wie in den Vorjahren eine steigende Bestandsentwicklung aufweisen. Die Bilanzsumme stieg um 15,3 % oder 41,2 Mio. EUR auf 481,6 Mio. EUR, das Geschäftsvolumen entwickelte sich ähnlich mit 14,2 % und einem Anstieg auf 574,5 Mio. EUR. Die Sparkasse hatte Ende 2010 Forderungen an Kunden einschließlich Treuhandkredite in Höhe von insgesamt 483,7 Mio. EUR (2009: 437,4 Mio. EUR) und damit ein Kreditvolumenwachstum in Höhe von 10,6 %. Das überdurchschnittliche Wachstum der Forderungen vollzog sich überwiegend im Personalkreditbereich. Der Anstieg der durch Grundpfandrechte gesicherten Forderungen ist hauptsächlich durch eine mit der Umstellung des Rechenzentrums verbundene geänderte Zuordnung der Sicherheiten begründet. Die Kunden der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG nutzten weiterhin vor allem bei den Wohnungsbaufinanzierungen die äußerst günstigen Konditionen für langfristige Zinsbindungen.

Trotz der Wettbewerbssituation um Anlagegelder innerhalb des Bankensektors konnte ein erwarteter Ausbau der bilanzwirksamen Einlagen von Kunden erzielt werden. Die Kunden der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG erhöhten ihren Einlagenbestand um 2,8 % auf 179,8 Mio. EUR. Aufgrund des Zinsniveaus wurden fällige Anlagen nicht erneut langfristig, sondern vermehrt im kurzfristigen Bereich angelegt. Hier konnte durch das neue, täglich fällige „Friesenkonto“ mit attraktiven Zinssätzen ein Mittelabfluss verhindert werden.

Das Zinsgeschäft als weiterhin wichtigste Ertragsquelle der Spar- und Leihkasse zu Bredstedt AG ergab durch den gestiegenen Geschäftsumfang und die im Vergleich zu 2009 steilere Zinsstrukturkurve einen um 22,0 % erhöhten Überschuss. Er betrug 9,9 Mio. EUR nach 8,1 Mio. EUR in 2009. Die Provisionsüberschüsse stiegen um 18,6 % auf 2,3 Mio. EUR. Auf der Ausgabenseite stiegen die gesamten Aufwendungen um deutliche 39,2 % auf 10,9 Mio. EUR. Die Personalkosten erhöhten sich durch Neueinstellungen, Tarifierhöhungen und im Zuge der Umstellung des Rechenzentrums um 7,1 % auf 4,9 Mio. EUR. Bedingt durch die erfolgreiche Migration auf die Finanz Informatik stiegen auch die Verwaltungsaufwendungen im Berichtsjahr einmalig auf 3,1 Mio. EUR (+29,3 %). Den größten Anteil am stark gestiegenen Aufwand hatten allerdings mit einer Summe von 2,9 Mio. EUR (2009: 0,9 Mio. EUR) die sonstigen betrieblichen Aufwendungen. Sie sind im Wesentlichen auf die Zahlung von Stützungsleistungen im Rahmen des Stützungsfonds des SGVSH zurückzuführen. Auch die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen, Beteiligungen und Wertpapiere sowie die Rückstellungen im Kreditgeschäft lagen im Berichtsjahr mit 2,2 Mio. EUR (0,2 Mio. EUR) deutlich über dem Vorjahreswert. Dadurch lag der Jahresüberschuss nach Steuern im Ergebnis bei unveränderten 0,4 Mio. EUR. Trotzdem konnte die wirtschaftliche Eigenkapitalrentabilität auf 10,6 % (2009: 6,7 %) und die Cost-Income-Ratio auf 62,2 % (2009: 65,7 %) verbessert werden.

Rahmenbedingungen

Die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland fand auch in der Hansestadt Bremen in vergleichbarer Form statt. Man profitierte 2010 von der verbesserten Auftragslage und gestiegener Auslandsnachfrage. Überwiegend zeichnete sich für alle Branchen ein freundlicheres Bild ab – so vor allem für die Industrie, den Export sowie Verkehr und Logistik, etwas gedämpfter allerdings für den Bau und den Einzelhandel. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen nahm – wie erwartet – zu, betraf aber weniger Beschäftigte als noch im Vorjahr. Konjunkturelle Kurzarbeit war allgemein auf dem Rückzug. Neben der Zahl offener Stellen stieg in Bremen auch die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um etwa 1 %. Die Zahl der Arbeitslosen und die Arbeitslosenquote bewegten sich auf Vorjahresniveau. Dies nährt Hoffnungen auf eine mögliche Fortsetzung des Aufholprozesses.

Die Bedeutung der bremischen Häfen als Schnittstelle zum Welthandel wird in der Zukunft weiter wachsen. Dabei muss es das Ziel der Hansestadt sein, den maritimen Industrie- und Logistikstandort weiter zu stärken und durch den mittelfristigen Ausbau der Hinterlandverbindungen leistungsfähiger zu machen. Daneben müssen neue Märkte erschlossen werden wie z.B. durch den Aufbau einer Basis für Offshore-Aktivitäten an der Nordseeküste.

Neben der Stärkung des Wirtschaftsstandortes kommt auch der städtebaulichen Entwicklung Bremens eine gewichtige Rolle zu. Aktuelle Prognosen sehen die Bedeutung von attraktivem, städtischem Wohnen kontinuierlich wachsen und sagen Bremen ein leichtes Bevölkerungswachstum bis 2030 voraus. Bremen unterstützt diesen Trend durch die Schließung von vorhandenen Baulücken und die Schaffung neuer city-naher Wohnquartiere.

Die Sparkasse Bremen will weiterhin als kompetenter und verlässlicher Partner an der Seite der mittelständischen Unternehmen und Gewerbetreibenden sowie der Bürgerinnen und Bürger stehen und die Wirtschaftsregion Bremen auch in der Zukunft begleiten. Dabei sind kurzfristig bei aller angebrachten Zuversicht auf eine moderate weitere Erholung Risiken nicht ausgeschlossen – so etwa aus der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, den Spannungen im

Euro-Raum oder der zukünftigen Entwicklung an den Finanzmärkten.

Das Geschäftsjahr 2010

Als Folge der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise bot das abgelaufene Jahr 2010 trotz der konjunkturellen Erholung im Jahresverlauf weiterhin schwierige Rahmenbedingungen. Vor diesem Hintergrund blickt die Sparkasse Bremen auf ein mehr als zufriedenstellendes Geschäftsjahr zurück.

Die Bilanzsumme verringerte sich um 2,3 % auf 10,6 Mrd. EUR. Während sich der Bestand der Forderungen an Kunden leicht erhöhte, wurden die Forderungen an Kreditinstitute erneut erheblich verringert. Diese Aktiventwicklung korrespondiert auf der Passivseite insbesondere mit einer starken Verringerung des Kundeneinlagenbestandes. Die Gesamtforderungen an Kunden lagen Ende 2010 bei 7,8 Mrd. EUR. Dabei bewegten sich die Kredite an Privatkunden mit 2,6 Mrd. EUR nahezu auf Vorjahresniveau und lagen damit geringfügig unter Plan. Ursächlich hierfür ist im sonstigen Darlehensge-



Dr. Heiko Staroßom, Mitglied des Vorstandes; Dr. Tim Nesemann, Vorsitzender des Vorstandes; Joachim Döpp, Mitglied des Vorstandes; Thomas Fürst, Mitglied des Vorstandes (v.l.n.r.)



schäft der als Gemeinschaftsprodukt der Sparkassenorganisation eingeführte LBB-Privatkredit, der mit einer Verschiebung von Bestands- zu Provisionsgeschäft einhergeht. Im Wohnungsbaukreditgeschäft fand hingegen eine steigende Entwicklung statt, die insbesondere auf die positiven Auswirkungen aus der Einführung eines Immobilien-Centers zurückzuführen ist. Das Firmenkundenkreditgeschäft lag mit 5,2 Mrd. EUR über Vorjahresniveau (5,0 Mrd. EUR) und damit auch über Plan. Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich stichtagsbezogen um 16,3 % auf 0,9 Mrd. EUR. Wie im Vorjahr wurden fällige Geldanlagen bei Kreditinstituten nicht weiter prolongiert.

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und verbrieften Verbindlichkeiten verringerte sich zum Jahresende um 6,8 % auf 6,8 Mrd. EUR. Während die befristeten Einlagen mit 0,9 Mrd. EUR nahezu konstant blieben, reduzierten sich die Spareinlagen abermals um 5,8 % auf 3,0 Mrd. EUR. Ebenfalls rückläufig waren im Vergleich zum hohen Vorjahreswert die täglich fälligen Einlagen; hier verringerte sich der Bestand um 0,4 Mrd. EUR auf 2,5 Mrd. EUR.

Dafür erhöhten sich die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 11,9 % auf 2,8 Mrd. EUR.

Die Ergebnisentwicklung war auch in 2010 beeinflusst durch die nach wie vor angespannte wirtschaftliche Gesamtsituation. Trotzdem lagen die Ertragszahlen über Plan.

Der Zinsüberschuss erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich um 14,4 % bzw.

29,2 Mio. EUR auf 232,1 Mio. EUR. Hauptgrund dafür waren der Rückgang der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und das weiterhin niedrige Zinsniveau, die in der Folge den Zinsaufwand deutlich entlasteten. So stand einem um 40,8 Mio. EUR auf 426,2 Mio. EUR gesunkenen Zinsertrag ein noch stärker verringerter Zinsaufwand (-69,9 Mio. EUR auf 194,1 Mio. EUR) gegenüber. Das Provisionsergebnis bleibt weiterhin eine wichtige Ertragskomponente. Aufgrund rückläufiger Provisionen im Versicherungsgeschäft, sowie im Bauspargeschäft infolge deutlicher Kundenzurückhaltung lag der Provisionsüberschuss mit 55,8 Mio. EUR aber unter dem geplanten Wert.

Der Personalaufwand verringerte sich gegenüber dem Vorjahr erheblich um 21,7 % bzw. 24,9 Mio. EUR auf 89,9 Mio. EUR. Grund dafür sind im Wesentlichen Personalarückgänge infolge natürlicher Fluktuation sowie Entlastungen aus der verabschiedeten Neuregelung zur betrieblichen Altersvorsorge. Auch der Sachaufwand entwickelte sich plangemäß und sank um 6,3 % bzw. 6,6 Mio. EUR auf 98,2 Mio. EUR. Für diese Entwicklung zeichnen in erster Linie Prozessveränderungen und -optimierungen verantwortlich, die durch die Verlagerung der IT-Anwendungen im Jahr 2008 bereits zu Kosteneffekten geführt haben. Die verbesserte Ertrags- und Aufwandsentwicklung zeigt sich entsprechend in der Entwicklung der Cost-Income-Ratio. Sie betrug im Berichtsjahr 69,4 % (Vorjahr 80,7 %).

Rahmenbedingungen

In Hamburg stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im ersten Halbjahr 2010 mit 2,3 % etwas langsamer als im Bundesdurchschnitt (3,1 %). Dessen ungeachtet machte sich die Erholung von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise auch in Hamburg spürbar bemerkbar. Das im Bundesvergleich unterdurchschnittliche Wachstum erklärt sich durch die Wirtschaftsstruktur und den moderateren Rückgang der Wirtschaftsleistung in der Hansestadt im Krisenjahr 2009. So wiesen vor allem die mit einem hohen Anteil in Hamburg vertretenen Dienstleistungsbranchen und das Verarbeitende Gewerbe diesen abweichenden Trend in ihren Kennzahlen auf. Überdurchschnittlich konnten hingegen Groß- und Einzelhandel zulegen. Dass Hamburgs Wirtschaft deutlich an Schwung gewonnen hat, belegen zudem die Arbeitsmarktdaten. Im Jahresdurchschnitt 2010 waren 75.600 Personen arbeitslos gemeldet, ein Rückgang um 3,8 % gegenüber dem Vorjahr. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg sogar leicht über dem Bundestrend mit 0,8 % und ist ein Beleg für die wirtschaftliche Stärke der Hansestadt.

Nach Frankfurt ist Hamburg einer der bedeutendsten Finanzplätze in Deutschland. Die in Hamburg ansässigen Kreditinstitute beschäftigen rund 25.000 Menschen. Damit ist das Kreditgewerbe ein großer Arbeitgeber in Hamburg. Mit über 5.600 Mitarbeitern und über 250 Filialen erreicht die Haspa dabei eine hohe Marktdurchdringung. Jeder fünfte Arbeitsplatz in der Branche und jede dritte Filiale in Hamburg ist also von der Haspa. Wie die deutsche Kreditwirtschaft insgesamt, standen auch die Hamburger Kreditinstitute aufgrund der Finanzkrise vor großen Herausforderungen. Insgesamt war der Bankenplatz jedoch stabil, woran die Hamburger

Sparkasse AG (Haspa) dank hoher Liquidität und ausreichendem Eigenkapital einen hohen Anteil hatte.

Das Geschäftsjahr 2010

Die Bilanzsumme stieg dank einer erfreulichen Geschäftsentwicklung im Berichtsjahr um 1,9 % oder gut 0,7 Mrd. EUR auf 38,2 Mrd. EUR. Damit ist die Haspa auch weiterhin die größte Sparkasse Deutschlands. In 2010 konnte die Haspa ihre Forderungen an Kunden nochmals erheblich um 2,0 Mrd. EUR auf 26,6 Mrd. EUR steigern. Maßgeblichen Anteil an der erhöhten Kreditnachfrage hatte die private Baufinanzierung, deren Volumen sich um 9,7 % auf 18,3 Mrd. EUR erhöhte. Von 22.500 neuen Kreditanträgen wurden alleine 21.500 für eine private Wohnimmobilie gestellt. Die Haspa konnte also im abgelaufenen Jahr einer Vielzahl von Hamburgern zum privaten Eigenheim verhelfen. Insgesamt hat die Haspa in den vergangenen drei Jahren Kredite von über 20 Mrd. EUR neu vergeben und damit



Vorstandssprecher Dr. Harald Vogelsang



Dr. Wolfgang Botschatzke,
Mitglied des Vorstandes



Frank Brockmann,
Mitglied des Vorstandes



Reinhard Klein,
stellv. Vorstandssprecher



Jörg Wohlers,
Mitglied des Vorstandes



das Wachstum in Hamburg maßgeblich mit unterstützt, ohne dabei die Risikobetrachtung gelockert zu haben.

Auf der Passivseite konnten die Kundengelder ebenfalls ausgeweitet werden. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nahmen um 1 % oder 0,2 Mrd. EUR auf 27,1 Mrd. EUR zu. So erhöhte sich allein die Anzahl der Haspa-DIREKT-Cashkonten um 9,9 % auf 219.600 Konten, auf denen mittlerweile knapp 6 Mrd. EUR verwaltet werden. Insgesamt stehen Spareinlagen in Höhe von 5,9 Mrd. EUR nun täglich fällige Gelder in Höhe von 12,7 Mrd. EUR gegenüber. Dies verdeutlicht den allgemeinen Trend der Kunden, aufgrund des niedrigen Zinsniveaus Gelder aus dem Termingeld-Bereich in tägliche Fälligkeiten umzuschichten.

Die Ertragslage der Haspa war 2010 erfreulich. Der Zinsüberschuss lag mit 769 Mio. EUR um 58 Mio. EUR oder gut 8 % nochmals über dem Vorjahresniveau. Hier wirkte sich wie erwartet weiterhin das spürbar geringe Niveau der kurzfristigen Zinsen günstig aus. Während die Haspa für aufgenommene Mittel eine eher kurzfristige Zinsbindung hat und infolge der niedrigen kurzfristigen Zinsen einen verminderten Zinssatz bezahlt, sind die ausgeliehenen Mittel größtenteils durch längere Zinsbindungen geprägt. Im Ergebnis konnte so durch Fristentransformationsmaßnahmen ein zusätzlicher positiver Zinsüberschuss erwirtschaftet werden.

Nachdem das Jahr 2009 noch spürbar unter den Belastungen der Finanzmarktkrise stand, zeig-

ten sich im abgelaufenen Jahr erste nachhaltigere Erholungstendenzen an den Geld- und Kapitalmärkten. Zusammen mit weiteren positiven Entwicklungen, wie zum Beispiel den Provisionen aus dem Darlehensgeschäft infolge anhaltend hoher Kreditvergaben, konnte ein Rückgang bei den Versicherungen deutlich überkompensiert werden, so dass der Provisionsüberschuss um über 4 % oder gut 10 Mio. EUR auf 239 Mio. EUR erfreulich anstieg. Der Aufwand hat sich in Summe gegenüber dem Vorjahreszeitraum um gut 52 Mio. EUR oder 7,5 % auf knapp 747 Mio. EUR erhöht. Dabei zeigen sich Verschiebungen zwischen den Positionen, die auf einen veränderten Ausweis nach dem BilMoG zurückzuführen sind. Effekte aus der jährlichen Neuberechnung der Pensionsrückstellungen führen erstmalig zu einer deutlichen Erhöhung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen, die mit einer entsprechenden Entlastung im Personalaufwand einhergehen. Aufgrund des daraus resultierenden Rückgangs der Sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung in Höhe von knapp 23 Mio. EUR verringert sich der Personalaufwand insgesamt – trotz zahlreicher Neueinstellungen – um über 11 Mio. EUR. Ohne diese Verschiebungen hätte sich aufgrund der Einstellungen und Gehaltssteigerungen ein Anstieg im Personalaufwand gezeigt. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sowie die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen sind um zusammen knapp 17 Mio. EUR auf in Summe rund 321 Mio. EUR gestiegen. Dieser Anstieg ist insbesondere auf umfangreiche Investitionen in die IT-Systeme zurückzuführen. Damit soll der Grundstein gelegt werden, um zukünftig von moderateren Kostenentwicklungen profitieren zu können.

Insgesamt erwirtschaftete die Haspa ein Jahresergebnis in Höhe von 79 Mio. EUR, ein Plus von 19 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr, das aufgrund des Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrages komplett an die HASPA Finanzholding abgeführt wurde. Dadurch verringerte sich die Gesamtkapitalquote der Hamburger Sparkasse AG auf 9,3 % per 31.12.2010. Die Gesamtkapitalquote der Haspa-Gruppe liegt allerdings mit 12,6 % auf einem weiterhin komfortablen Niveau.

Rahmenbedingungen

Die Nähe zur Metropolregion Hamburg und die exponierte Lage an der Ostsee zeichnen die Hansestadt Lübeck aus. Diese Faktoren, in Kombination mit den Kostenvorteilen des Seetransportes, haben Lübeck zum drittgrößten Universalhafen Deutschlands werden lassen. Durch die fortschreitende Spezialisierung des Hafenumschlags ist Lübeck zum logistischen Zentrum für den Papier- und Zellulosebereich in Europa geworden. Mit dem Elbe-Lübeck-Kanal verfügt die Hansestadt als einziger Ostseehafen über eine direkte Anbindung an das europäische Binnenwasserstraßennetz. Daneben komplettieren eine gute straßenverkehrliche Erschließung mit den Autobahnen A1 und A20 sowie der Flughafen Lübeck-Blankensee das Potenzial des Logistikstandortes Lübeck. Neben der Logistik ist der Tourismus ein weiteres Standbein der Region. Die vom Wasser umschlossene Altstadt gehört zum UNESCO-Welterbe und lockt, wie die unmittelbare Nachbarschaft zu Travemünde und Timmendorfer Strand, jedes Jahr zahlreiche Touristen in die Hansestadt. In den letzten Jahren wurde in Lübeck verstärkt in die Verbesserung der Infrastruktur für die Medien- und die IT-Branche investiert und so siedelten sich zahlreiche Call-Center-Firmen in Lübeck an, da Büromieten und Löhne im Vergleich zu anderen Bundesländern relativ niedrig sind.

Die rasche Erholung von der Wirtschaftskrise 2009 hatte auch in der Hansestadt Lübeck eine positive Entwicklung zur Folge. Die Sparkasse zu Lübeck AG begleitete auch weiterhin ihre Kunden als verlässlicher Partner. Das Rekordvolumen von 260 Mio. EUR an neuen Darlehenszusagen im Vorjahr wurde im vergangenen Jahr 2010 noch einmal mit 300 Mio. EUR übertroffen. Dies unterstreicht, dass der Konjunkturmotor auch in Lübeck angesprungen ist. Darüber hinaus investieren viele Firmenkunden unter energetischen Aspekten in die Modernisierung ihrer Produktionsanlagen. Bei steigenden Energiekosten wird dies zunehmend ein wettbewerbsrelevanter Faktor. Dank der Eigenkapitalstärke der Sparkasse zu Lübeck AG ist man bestens darauf vorbereitet, auch künftig den Firmen in der Region mit Investitionsdarlehen zur Verfügung zu stehen und den privaten Wohnungsbau zu fördern. Bereits heute erfüllt die Sparkasse zu Lübeck AG

die geplanten verschärften Eigenkapitalanforderungen nach Basel III.

Das Geschäftsjahr 2010

Die Sparkasse zu Lübeck AG blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück. Trotz der nach wie vor schwierigen Situation an den Kapitalmärkten konnte der Jahresüberschuss deutlich gesteigert werden. Maßgeblichen Anteil daran hatten vor allem der gesteigerte Zinsüberschuss sowie geringe Verwaltungskosten.

Die Bilanzsumme betrug zum Ende des Berichtsjahres 2.212,2 Mio. EUR und veränderte sich im Vergleich zum Vorjahr (2.213,6 Mio. EUR) nur geringfügig.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 5,2 % auf 1.628,1 Mio. EUR. Der Anstieg basierte vor allem auf der Ausweitung der langfristigen Forderungen an Unternehmen und Selbstständige. Bei den Forderungen an Privatpersonen kam es ebenfalls im langfristigen Laufzeitband zu einem Bestandsaufbau, wenn auch nur geringfügig.

Die Summe aus Verbindlichkeiten gegenüber Kunden und begebenen Schuldverschreibungen (einschließlich der nachrangigen Mittelaufnahmen) verminderte sich auf 1.389,7 Mio. EUR (Vorjahr: 1.439,4 Mio. EUR). Der Rückgang ist in erster Linie auf den gesunkenen Bestand der



Wolfgang Pötschke, Vorsitzender des Vorstandes; Frank Schumacher, Mitglied des Vorstandes



Eigenemissionen, insbesondere der Sparkassenbriefe, zurückzuführen. Die täglich fälligen Verbindlichkeiten reduzierten sich wegen des Abzugs von Tagesgeldern um 10,3 Mio. EUR auf 656,3 Mio. EUR. Die Termingelder blieben in 2010 mit 54,7 Mio. EUR unter Vorjahresniveau (-2,0 %). Der Spareinlagenbestand reduzierte sich um 11,7 Mio. EUR auf 276,3 Mio. EUR. Das Ergebnis der Gewinn- und Verlustrechnung der Sparkasse ist für das Geschäftsjahr 2010 mit Blick auf die anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise als gut zu bezeichnen, auch wenn sich das Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit im Geschäftsjahr 2010 mit 5,1 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr (10,7 Mio. EUR) hal-

bierte, was durch außerordentliche Aufwendungen bewirkt wurde.

Der Zinsüberschuss – die bedeutendste Ertragskomponente der Sparkasse – erhöhte sich im Vergleich zu 2009 um 3,4 Mio. EUR auf 50,4 Mio. EUR. Die Provisionsüberschüsse in Höhe von 16,4 Mio. EUR lagen leicht über Vorjahresniveau. Trotz der anhaltenden Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf das Wertpapierkommissionsgeschäft wurde der Planwert in diesem Geschäftsfeld überschritten, gleichwohl konnte der Planwert für den Provisionsüberschuss insgesamt nicht erreicht werden.

Die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen einschließlich der Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen lagen mit 46,4 Mio. EUR unter Vorjahreshöhe. Hierin enthalten waren u. a. einmalige Aufwendungen zur Einführung der elektronischen Kreditakte und Mehraufwendungen für ein Projekt zur Optimierung der Abläufe im Kreditservice.

Insgesamt ergibt sich damit ein gegenüber dem Vorjahr um 0,5 Mio. EUR erhöhter Jahresüberschuss von 6,5 Mio. EUR, wovon 3,25 Mio. EUR den Gewinnrücklagen zugeführt und weitere 3,25 Mio. EUR als Bilanzgewinn ausgewiesen werden.

Die Eigenkapitalquote der Sparkasse Lübeck beträgt komfortable 15,5 % und bietet so eine solide Basis für eine zukünftige Geschäftsausweitung. Die Cost-Income-Ratio verringerte sich von 67,3 % in 2009 auf 63,7 % im Berichtsjahr.

Rahmenbedingungen

Die Sparkasse Mittelholstein AG ist im Wirtschaftsraum Rendsburg tätig und hat dort auch ihren Hauptsitz. Eine der Stärken Rendsburgs als Wirtschaftsstandort ist die hervorragende Infrastruktur. Zentral in Nordeuropa gelegen befinden sich die Industrie- und Gewerbeflächen der Region alle in der Nähe von Autobahnanschlüssen und Häfen und haben zum großen Teil eigene Bahngleisanschlüsse. Dem Nord-Ostsee-Kanal kommt als der meistbefahrenen Wasserstraße der Welt eine besondere Rolle zu. An dieses Bindeglied zwischen den Häfen der europäischen Union, Skandinaviens und der übrigen Ostseeanrainer ist Rendsburg mit seinem Tiefseehafen im Binnenland direkt angeschlossen. Auf dem Landwege bildet die Europastraße 45 (A7) eine direkte Verbindung Skandinaviens mit den Zentren Mitteleuropas. Neben dieser Infrastruktur verfügt die Region über großes Potential an qualifizierten Arbeitskräften bei für Deutschland vergleichsweise günstigem Lohnniveau. Die Gewerbe- und Industrie Flächen sind voll erschlossen und die Gewerbesteuer ist sehr günstig. Für die 60.000 im Wirtschaftsraum Rendsburg lebenden Menschen stehen viele Einrichtungen zur Verfügung, die man sonst nur aus Ballungsräumen kennt. Trotzdem gibt es noch genug Platz zum Leben, zum Entspannen und für kreatives Arbeiten. All diese Standortbedingungen machen Rendsburg zu einem traditionellen Mittelpunkt für Industrie, Handel und Gewerbe. Die Region beheimatet zahlreiche Unternehmen mit internationaler Bedeutung. Das gilt für hochentwickelte technologieorientierte Wirtschaftszweige wie Elektrotechnik, Maschinenbau, Feinmechanik und Schiffbau ebenso wie für Gewerbe und Dienstleistungen. Für all diese Menschen und Firmen ist die Sparkasse Mittelholstein AG ein verlässlicher Ansprechpartner. Ob Girokonto, Vermögensmanagement oder Unternehmensfinanzierungen – die Sparkasse bietet ein breites Spektrum an Finanzdienstleistungen. Dabei setzt man auf langfristige Kundenbeziehungen durch kompetente und faire Beratung.

Das Geschäftsjahr 2010

Für die Sparkasse Mittelholstein AG war Anfang 2010 aufgrund des anhaltend schwierigen wirt-

schaftlichen Umfeldes nicht offensichtlich, dass sich das Wachstum der Jahre 2008 und 2009 fortsetzen würde. Auch wenn die Wachstumsraten moderater als in den beiden Vorjahren ausgefallen sind, so verzeichnete die Sparkasse auch in 2010 im Kundengeschäft weiter erfreuliche Zuwächse und baute ihre Position als Marktführer in der Region erneut aus. Durch den Abbau von Interbankenpositionen ist die Bilanzsumme um 43 Mio. EUR oder 2,2 % auf 1.864 Mio. EUR gesunken. Der Bestand an Kundenkrediten konnte um 39 Mio. EUR auf 1.421 Mio. EUR erhöht werden, ein Zuwachs um 2,8 %. Das Wachstum wurde im Wesentlichen durch das Kreditgeschäft mit Unternehmen und Selbstständigen getragen, aber auch im Wohnungsbaukreditgeschäft konnten in 2010 erfreuliche Zuwächse verzeichnet werden. Im Mittelpunkt des Interesses bei den Kundeneinlagen standen täglich fällige Verbindlichkeiten sowie Eigenemissionen, während die Nachfrage nach Termingeldern abnahm. Nach den hohen Zuwächsen der beiden vorausgegangenen Jahre erhöhte sich der Bestand der Kundeneinlagen (einschließlich verbriefter und nachrangiger Verbindlichkeiten) moderat um 8 Mio. EUR oder 0,7 % auf 1.108 Mio. EUR.

Die Ertragslage der Sparkasse war im letzten Jahr zufriedenstellend. Mit einem Zuwachs von 3 Mio. EUR auf nun 34 Mio. EUR leistete der Zinsüberschuss den größten Beitrag zum Gesamter-



Manfred Buncke, Vorsitzender des Vorstandes;
Bernd Jäger, Mitglied des Vorstandes,



gebnis. Zwar waren die Zinserträge mit 78,5 Mio. EUR gegenüber 79,0 Mio. EUR in 2009 leicht rückläufig, konnten aber aufgrund des Zinsniveaus durch einen niedrigeren Zinsaufwand (44,3 Mio. EUR nach 47,7 Mio. EUR) über-

kompensiert werden. Das Provisionsergebnis blieb mit 9 Mio. EUR in etwa auf Vorjahresniveau. Insbesondere die Investitionen in die strategische Neuausrichtung der Sparkasse und die damit verbundenen Neueinstellungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, aber auch die Erhöhung der Sachkosten, führten auf der Aufwandsseite zu Steigerungen um 11 % auf 30 Mio. Euro. Zusätzlich wurde das Jahresergebnis durch Zahlungen in Höhe von 5,7 Mio. EUR in den Sparkassenstützungsfonds des Sparkassen- und Giroverbandes für Schleswig-Holstein gemindert. Für die Sparkasse Mittelholstein AG ein schmerzlicher Beitrag, aber ein eindeutiger Beleg dafür, dass das Sicherungssystem der Sparkassenorganisation wirksam ist. Durch die erfreuliche gesamtwirtschaftliche Entwicklung war im Gegensatz zu 2009 eine erheblich geringere Risikovorsorge notwendig geworden, daher konnten die Ausgabensteigerungen ausgeglichen und wie im Vorjahr ein Überschuss in Höhe von 2,05 Mio. EUR verbucht werden. Die Cost-Income-Ratio stieg auf 68,5 %.

Rahmenbedingungen

Durch Fusion mit einer früher Freien Sparkasse entstand vor ein paar Jahren die Sparkasse Westholstein. Damit hat der Verband auch ein Mitgliedsinstitut aus dem öffentlich-rechtlichen Lager in seinen Reihen. Sitz des Instituts ist die Stadt Itzehoe, das Geschäftsgebiet unseres Verbandsmitglieds umfasst den Kreis Steinburg und angrenzende Kreise sowie in Teilen die Freie und Hansestadt Hamburg. Betreut werden die Kunden von knapp 650 Mitarbeitern in 28 Filialen, daneben stehen noch 20 SB-Standorte zur Verfügung.

Die Stadt Itzehoe hat sich zu einer zentralen Einkaufsstadt an der schleswig-holsteinischen Westküste entwickelt, deren über drei Kilometer lange Fußgängerzone viele kleine und größere Fachhändler, Dienstleister und Gastronomen beheimatet. Aber Itzehoe profiliert sich durch das ansässige Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie und die Gesellschaft für Technologieförderung Itzehoe ebenfalls als Innovationsstandort und diese Institute sind mittlerweile wichtige Wirtschaftsfaktoren der Stadt. Im Dienstleistungssektor sind zahlreiche Alten- und Pflegeheime sowie das Klinikum Itzehoe als wichtige Arbeitgeber zu nennen. Größter Arbeitgeber der Stadt ist eine Großdruckerei der Medienkonzerne Gruner & Jahr und Axel Springer AG, dazu haben sich im im Kreis Steinburg weitere Großbetriebe aus unterschiedlichen Industriezweigen angesiedelt. Ein weiterer großer Arbeitgeber war bis in die 90er Jahre die Bundeswehr. Die Standortschließung hat in der Region zu einigen Strukturveränderungen geführt. So ist Itzehoe zwar über die A23 verkehrstechnisch gut an das Straßennetz angebunden und der Kreis Steinburg gehört zur Metropolregion Hamburg, viele Arbeitskräfte sind aber in den letzten Jahren in Richtung Hamburg abgewandert. Daher sind auch die Einwohnerzahlen rückläufig, was bereits zu einem Überhang an Wohnraum geführt hat.

Im Geschäftsgebiet der Sparkasse ist insbesondere der Ausbau der Region Dithmarschen als „Energieresion“ bemerkenswert. Die Investitionen in regenerative Energie spielten in dem Westküstenkreis eine große Rolle. Bei der Nutzung von Wind und Sonne hat Dithmarschen im Land die Nase vorn – rein rechnerisch wurde

2010 bereits mehr Strom aus regenerativen Energien gewonnen als verbraucht. Dennoch sind die Potenziale zur Energiegewinnung aus regenerativen Energien nach Einschätzung des Instituts „Raum&Energie“ mit Sitz in Wedel noch nicht ausgeschöpft. Die Sparkasse Westholstein hat den Ausbau und die Entwicklung in dieser Region durch zahlreiche gewerbliche Finanzierungen mit unterstützt und sich in dem Bereich langjähriges Spezialwissen erworben. Sehr starker Wettbewerb im Anlage- und Finanzierungsbereich, eine rasch fortschreitende technologische Entwicklung sowie hohe Erwartungen vermögender und einkommensstarker Privat- und anspruchsvoller Firmenkunden an die Beratungs- und Produktqualität bestimmen weiterhin das geschäftliche Umfeld der Sparkasse Westholstein. Traditionelle Sparkassenwerte wie Vertrauen, Zuverlässigkeit, Nähe und Sicherheit und die vertriebsorientierte Aufbauorganisation und Führungsstruktur, die damit verbundene Geschäftsfeldorientierung und starke regionale Verankerung, die Konzentration auf die Bedürfnisse der Kunden auf Basis der Vertriebsstrategie, das zusätzliche Engagement von Spezialisten und die aktive Zusammenarbeit mit Partnern innerhalb und außerhalb des Sparkassenverbundes lassen erwarten, dass die Sparkasse Westholstein ihre gute regionale Marktposition dennoch weiter ausbauen kann.



Achim Thölen, Mitglied des Vorstandes; Rudolf Kochan, Vorsitzender des Vorstandes; Tede Ibs, Mitglied des Vorstandes



Das Geschäftsjahr 2010

Die Bilanzsumme der Sparkasse Westholstein stieg zum Stichtag 31.12.2010 gegenüber dem Vorjahreswert um 56,7 Mio. EUR (2,1 %) auf 2.745,1 Mio. EUR.

Die Forderungen an Kunden erhöhten sich um 196 Mio. EUR oder 9,7 % auf 2.214,3 Mio. EUR. Das anhaltend niedrige Zinsniveau versetzte eine Vielzahl von privaten Kunden in die Lage, ihren Wunsch nach den eigenen vier Wänden umzusetzen. Insgesamt sagte die Sparkasse den Kunden mit 529,0 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr 61,0 % mehr neue Darlehen zu. Somit wurde die Sparkasse ihrer Aufgabe der regionalen Kreditversorgung erneut in besonderem Maße gerecht.

Auf der Passivseite nahmen die Kundeneinlagen (einschließlich IHS und nachrangiger Verbindlichkeiten) im Nachgang der Finanzkrise mit

1,4 % auf 2.073,1 Mio. EUR ab. Der Rückgang fiel allerdings geringer aus als erwartet. Auch bei der Sparkasse Westholstein nahmen die Kunden aufgrund des Zinsniveaus Umschichtungen bei den Fristigkeiten vor. Während die Spareinlagen (-1,7 %) und Einlagen mit vereinbarter Laufzeit (-15,0 %) abnahmen, erhöhten sich die Tagesgelder um 4,3 % auf 700,6 Mio. EUR.

Das Jahr 2010 war für die Sparkasse Westholstein betriebswirtschaftlich sehr erfolgreich. Dafür waren neben der allgemein gegebenen Zinsstruktur (Fristentransformationsergebnis) auch die sehr guten vertrieblichen Leistungen maßgeblich. Der Zinsüberschuss erhöhte sich um 13,9 % auf 73,0 Mio. EUR und bleibt auch weiterhin wichtigste Ertragsquelle für die Sparkasse. Aber auch der Provisionsüberschuss konnte um 4,7 % auf 17,9 Mio. EUR gesteigert werden. Die im Jahr 2009 beschlossenen Maßnahmen zur Optimierung der Personal- und Sachkosten haben bereits im vergangenen Jahr erste Erfolge erzielt. So konnte der Personalaufwand um 6,4 Mio. EUR auf 33,4 Mio. EUR reduziert werden, ein bemerkenswerter Rückgang um 16,1 %. Die Verwaltungsaufwendungen blieben trotz Zusatzkosten für die Migration mit 17,7 Mio. EUR nahezu unverändert. Der Aufwand aus Bewertung und Risikovorsorge lag mit 19,0 Mio. EUR um 19,8 % über dem Vorjahreswert. Aufgrund von Übergangseffekten aus BilMoG und erhöhtem Steueraufwand konnte die Sparkasse Westholstein am Ende einen Jahresüberschuss in Höhe von 2,355 Mio EUR verbuchen, ein Anstieg um über 28,9 %. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich von 67,8 % in 2009 auf 59,6 % im Berichtsjahr.

Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Frankreich						
Caisse d'Epargne d'Alsace, Straßburg	9.035	4.137	4.709	616	980	133
Italien						
Südtiroler Sparkasse AG, Bozen	8.202	7.152	6.660	657	1.377	119
Banca CARIGE SpA, Genua	33.491	21.861	24.798	3.633	4.692	560
Luxemburg						
Freie Internationale Sparkasse S.A., Luxembourg	46	9	23	13	13	1
Niederlande						
SNS Reaal Groep N.V., Utrecht	103.074	63.045	67.403	3.694	2.639	143
Norwegen						
Sparebanken SØR, Arendal	4.833	4.008	2.220	417	363	29
Malta						
Sparkasse Bank Malta plc., Sliema	120	0	92	17	15	1
Österreich						
Sparkasse Baden, Baden bei Wien	878	546	586	63	148	14
Sparkasse Bregenz Bank AG, Bregenz	605	459	618	43	92	7
Sparkasse Eferding-Peuerbach-Waizenkirchen, Eferding	498	264	400	33	100	14
Sparkasse der Stadt Feldkirch, Feldkirch	1.264	939	714	110	232	15
Sparkasse Feldkirchen/Kärnten, Feldkirchen	324	159	239	51	47	5
Steiermärkische Bank und Sparkassen AG, Graz	12.837	8.873	8.852	729	1.733	147
Sparkasse Haugsdorf, Haugsdorf	99	50	84	10	14	4
Sparkasse Herzogenburg-Neulengbach, Herzogenburg	313	149	259	30	71	8
Weinviertler Sparkasse, Hollabrunn	448	222	381	28	77	10
Sparkasse Imst AG, Imst	789	599	487	50	173	20
Tiroler Sparkasse Bank-AG Innsbruck, Innsbruck	3.787	2.596	2.138	202	615	40
Kärntner Sparkasse Aktiengesellschaft, Klagenfurt	4.100	2.626	2.790	248	668	44
Kremser Bank und Sparkassen Aktiengesellschaft, Krems	638	325	478	46	124	9
Sparkasse Kufstein, Tiroler Sparkasse von 1877, Kufstein	1.458	1.077	950	140	224	18

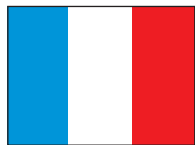
Die außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Ausgewählte Geschäftsdaten der außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Sparkassen	Bilanzsumme Mio. EUR	Kredit- volumen ¹⁾ Mio. EUR	Gesamt- einlagen ²⁾ Mio. EUR	Eigenkapital Mio. EUR	Anzahl der Mitarbeiter	Anzahl der Bankstellen
Sparkasse Langenlois, Langenlois	230	128	196	16	45	4
Lienzer Sparkasse AG, Lienz	360	203	280	27	69	7
Allgemeine Sparkasse Oberösterreich Bank-AG, Linz	11.034	6.980	7.262	533	1.486	126
Sparkasse Neunkirchen, Neunkirchen	922	586	770	57	146	17
Sparkasse Pottenstein NÖ, Pottenstein	206	151	144	18	39	3
Sparkasse Niederösterreich Mitte-West AG, St. Pölten	2.200	1.452	1.803	102	489	41
Salzburger Sparkasse Bank AG, Salzburg	4.216	2.970	3.053	190	763	69
Sparkasse Schwaz, Schwaz	1.207	833	852	97	171	14
Waldviertler Sparkasse von 1842, Waidhofen a.d. Thaya	801	658	633	60	241	6
Erste Bank der oesterreichischen Sparkassen AG, Wien	22.640	13.242	16.805	942	3.296	140
Wiener Neustädter Sparkasse, Wiener Neustadt	1.260	814	929	80	194	11
Schweden						
Sparbankernas Riksförbund	24.242	18.335	20.194	3.306	3.388	258
darunter Sparbanken Syd, Ystad	957	757	768	126	157	7
Schweiz						
AEK Bank 1826, Thun	2.185	1.932	1.793	240	99	12
Spanien						
CatalunyaCaixa, Barcelona	76.822	51.704	59.372	3.150	7.926	1.378
Tschechische Republik						
Česka spořitelna a.s., Prag	35.179	18.354	26.379	2.824	10.744	667
Insgesamt 36 Institute und 1 Verband nachrichtlich in EUR	426.458	243.462	284.048	26.891	45.418	4.073
Stand per 31.12.2010						

1) Forderungen an Nichtbanken

2) Verbindlichkeiten gegenüber Nichtbanken, Inhaberschuldverschreibungen und Sparkassenobligationen



Frankreich

Der französische Bankensektor

Die größten Kreditinstitute BNP und Société Générale und die Institutsgruppen Crédit Agricole und BPCE repräsentieren mit über 20.300 Filialen in Frankreich und einer Bilanzsumme von insgesamt 5.773 Mrd. EUR den Großteil des französischen Bankenmarktes.

Die beiden privaten Großbanken Frankreichs blickten auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2010 zurück. Das zweitgrößte französische Geldinstitut Société Générale verzeichnete einen Gewinn- sprung, wodurch es die Gewinnerliste im Stoxx50 anführte. Somit wird die SocGen auch die geforderte Kernkapitalquote Tier-1 im Rahmen von Basel III im Jahr 2013 erreichen. Die Großbank BNP – das größte Institut in Frankreich – konnte im Gesamtjahr einen Rekordgewinn von 7,8 Mrd. EUR erzielen und schon jetzt eine Tier-1-Quote von 9,2 % ausweisen.

Auch Crédit Agricole erzielte in 2010 mit 1,26 Mrd. EUR einen um 12 % höheren Gewinn gegenüber dem Vorjahr und kann auf Kapitalerhöhungen zur Erfüllung der Eigenkapitalvorschriften nach Basel III verzichten, da die regionalen Genossenschaften ihrer börsennotierten Holding Garantien in Höhe von 5,5 Mrd. EUR zur Verfügung gestellt haben.

Die BPCE (Banque Populaire Caisse d'Épargne) ist in 2009 aus einer Fusion der beiden Spitzeninstitute der Volksbanken und der Sparkassen hervorgegangen. Ab 2013 sollen jährlich ca. 1 Mrd. EUR an Kosten- und ca. 850 Mio. EUR an Ertragssynergien erwirtschaftet werden. Die Primärebene der 17 großen regionalen Sparkassen und 20 Banques Populaires wird unter den bisherigen Marken weitergeführt, was in Teilbereichen auch zu Wettbewerbssituationen untereinander führt. Das erste vollständige Geschäftsjahr des gemeinsamen Spitzeninstituts und Verbandes der Banques Populaires und der Caisse d'Épargne BPCE war weiterhin geprägt von den Problemen der gemeinsamen Tochter, der Investmentbank Natixis, für die die Muttergesellschaften in 2009 eine Garantie für das vorhandene Restportfolio zur Stabilisierung des Aktienkurses übernommen hatten. Dennoch konnte ein deutlicher Zuwachs des Nettogewinns von 3,6 Mrd. EUR nach 0,5 Mrd. EUR in 2009 dazu beitragen, dass die Bank Staatshilfen in Höhe von 7 Mrd. EUR bis Anfang 2011 vollständig zurückgezahlt hat. Damit sind die staatlichen

Vertreter aus dem Aufsichtsrat der BPCE wieder ausgeschieden.

Die französische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitgliedsinstitut, die Caisse d'Épargne d'Alsace, besitzt neben ihrem Hauptsitz in Straßburg noch 132 weitere Filialen über das gesamte Elsass verteilt. Anteilseigner der Caisse d'Épargne d'Alsace (CEA) sind 12 lokale Spargesellschaften, die sich wiederum aus fast 90.000 Genossen zusammensetzen.

Seit dem Jahr 2009 betreibt die elsässische Sparkasse gemeinsam mit der Sparkasse Hanauerland-Kehl in einer grenzüberschreitenden Kooperation erfolgreich eine Filiale, in der deutsche wie französische Sparkassenkunden bei Immobiliengeschäften unterstützt werden, deutsche Firmenkunden bei POS-Zahlungen französischer Kunden Sonderkonditionen einräumen und generell eine intensive grenzüberschreitende Betreuung angeboten wird, um Abwanderungen zu Mitbewerbern zu verhindern.

Die Caisse d'Épargne d'Alsace bietet darüber hinaus den deutschen Sparkassen ihre Unterstützung bei der Betreuung von Kunden in Frankreich an. Bei Aufnahme von Geschäftstätigkeiten außerhalb des Elsass wird ein Kontakt zur zuständigen Sparkasse hergestellt.

Mit einer Bilanzsumme von 9,0 Mrd. EUR (8,0 Mrd. EUR in 2009) und 980 Mitarbeitern ist sie nach den diversen Fusionen französischer Sparkassen inzwischen eine eher kleinere Sparkasse. Die Bilanz wies im Berichtsjahr Kundenforderungen in Höhe von 4,1 Mrd. EUR (3,7 Mrd. EUR in 2009) aus. Die Summe der verwalteten Kundengelder wurde im Berichtsjahr auf 4,7 Mrd. EUR nach 4,5 Mrd. EUR in 2009 beziffert. Das Institut erwirtschaftete in 2010 trotz der Nachwirkungen der Finanzkrise einen Jahresüberschuss von 18,0 Mio. EUR.

Mit einer Eigenkapitalquote von 14,7 % ist man bei der Caisse d'Épargne d'Alsace für zukünftige regulatorische Anforderungen und Wachstum des Kundengeschäfts sehr gut gerüstet. Obwohl die Sparkassen inzwischen in der Rechtsform einer Genossenschaft geführt werden, sind sie in erster Linie dem Gemeinwohl und nicht den Interessen ihrer Genossen verpflichtet. Die französischen Sparkassen wenden daher große Summen für gemeinnützige und soziale Zwecke auf.



Italien

Der italienische Bankensektor

In Italien setzte sich der Aufwärtstrend fort, der hauptsächlich durch eine kräftige Steigerung der Exporte bedingt war, begleitet von einem deutlichen Anstieg in den Bereichen Maschinen und Geräte. Der Konsum der Privathaushalte stagniert jedoch weiterhin, und die Investitionen in Bauvorhaben gingen weiter zurück. Die Industrieproduktion setzte ihren im Frühjahr 2009 eingeleiteten Erholungskurs fort. Die schwache Entwicklung bei den Einkommen wirkte sich dämpfend auf das Konsumverhalten aus, ebenso wie die nur langsame Besserung der Beschäftigungslage. Auf dem Arbeitsmarkt gab es neben einigen positiven Signalen – wie dem leichten Anstieg der Anzahl an Beschäftigten in der ersten Jahreshälfte 2010 und die verstärkte Nachfrage an Personal von Seiten der Unternehmen – auch von Unsicherheit geprägte Faktoren zu berücksichtigen, wie zum Beispiel die Beschäftigungserwartungen der Unternehmen.

Die jährliche Zuwachsrate der internen Einlagen der italienischen Banken stabilisierte sich und verzeichnete Ende 2010 positive Werte; nach über zwei Jahren bewegte sich auch die Mittelbeschaffung aus dem Ausland wieder im Plusbereich. Ersten Schätzungen der Bankenvereinigung ABI zufolge setzte Ende 2010 für das gesamte italienische Bankensystem eine Stabilisierung der Entwicklung der Euro-Einlagen ein. Ende 2010 zeigten die Bankkredite an den Privatsektor eine steigende Tendenz auf: der Aufwärtstrend bei den Finanzierungen an Unternehmen setzte sich fort, auch bei den kleinen Unternehmen war die Entwicklung positiv. Die Kreditvergabe an Kunden, insbesondere für den Ankauf von Immobilien, verzeichnete eine starke Entwicklung. Auch die Bankkredite zeigten Ende 2010 eine Erholung; laut ersten Schätzungen der Bankenvereinigung ABI beliefen sich die Kredite an Private und Nicht-Finanzunternehmen auf 1.462,5 Mrd. EUR, mit einem tendenziellen Zuwachs von 3,8 %. Im November 2010 beliefen sich die notleidenden Forderungen auf 75,6 Mrd. EUR, 17,6 Mrd. EUR mehr als im November 2009 (+30,4 %).

In Anbetracht der großen Unsicherheit und Schwäche, die das Entwicklungsszenario kennzeichnen, wird die Erholung der Ertragsfähigkeit

der Banken insgesamt schwach ausfallen und sehr vom wirtschaftlichen Aufschwung abhängen. Ab 2011 ist eine langsame und schwache Erholung der Gewinne im Banksektor in Aussicht, und erst 2013 sollten in etwa die 2005 vor der Krise erzielten Ergebnisse erreicht werden. Dieser Umstand ist jedoch auf jeden Fall von der Besserung der gesamtwirtschaftlichen Situation abhängig, die ebenfalls von den oben angeführten Unsicherheitsfaktoren geprägt ist.

Die italienischen außerordentlichen Mitgliedsparkassen

Unser Mitglied aus Italien, die Südtiroler Sparkasse AG in Bozen, kann trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfeldes auf ein zufriedenstellendes Ergebnis zurückblicken. Im Jahr 2010 hat die Bank ihre Präsenz außerhalb von Südtirol weiter gestärkt. Es wurden drei neue Niederlassungen bzw. Geschäftsstellen eröffnet, und zwar in München, Conegliano Veneto und Borgo Valsugana. Mit der Geschäftsstelle Borgo Valsugana kann die Bank nunmehr auf 119 Geschäftsstellen bauen, einschließlich der Repräsentanz in Innsbruck. Daneben wurde im letzten Jahre eine neue Organisationsstruktur eingeführt, die mit einem neuen Vertriebsmodell am 1. Januar 2010 gestartet ist. Zweck dieser Neuorganisation ist es, die Geschäftsstellen durch eine Erhöhung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten näher zum Kunden zu bringen, damit sie flexibler und rascher auf dessen Erfordernisse eingehen können.

Die Bilanzsumme blieb mit 8,2 Mrd. EUR nahezu unverändert gegenüber dem Vorjahr. Bei den Forderungen an Kunden erhöhte sich der Bestand um 6,2 % und betrug am Jahresende 7,1 Mrd. EUR (Vorjahr: 6,7 Mrd. EUR). Damit ist unsere Mitgliedssparkasse ihrer Aufgabe nachgekommen, eine Kreditklemme zu verhindern und Familien und Unternehmen mit Kreditmitteln zu versorgen. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verringerten sich marginal um 0,1 Mrd. EUR und liegen mit 6,6 Mrd. EUR nun 0,2 % unter dem Vorjahreswert von 6,7 Mrd. EUR.

Im Vergleich zum Jahr 2009 ging der Zinsertrag 2010 um 4 % auf 132,4 Mio. EUR zurück, hauptsächlich bedingt durch die gesetzlich vorgesehene Abschaffung der Provisionen auf den

höchsten Sollsaldo. Sieht man von dieser Maßnahme ab, wurden die anhaltende Senkung der Leitzinssätze, auch wenn sie nicht so stark wie im Vorjahr ausfiel, sowie die Anhebung der auf die Einlagen berechneten Zinsen durch die konsequente Politik der Bank zur Angleichung der Kreditbedingungen an die bestehenden Liquiditäts- und Risikokosten ausgeglichen. Dafür konnte der Provisionsertrag um überdurchschnittliche 27 % gesteigert werden und betrug in 2010 71,9 Mio. EUR. Dies wurde durch die Einführung von Provisionen auf die Bereitstellung von Finanzierungen (mit welchen die Abschaffung der bestehenden Provisionen im Jahre 2009 ausgeglichen wurden), höheren Provisionen für Bankdienstleistungen, durch das Angebot von neuen Produkten (Schadensversicherung) und durch den Ausbau der Dienstleistungen an sich (darunter das Corporate Finance) erreicht. Die Aufwendungen für Personal- und Sachkosten verringerten sich gegenüber dem Vorjahr mit 1,0 Mio. EUR nur minimal und lagen insgesamt bei 163,1 Mio. EUR. Aufgrund der anhaltenden Wirtschaftskrise und der Lage auf dem italienischen Immobilienmarkt sah man sich bei der Sparkasse Südtirol aus Vorsichtsgründen veranlasst, die Rückstellungen für Kreditrisiken gegenüber dem Vorjahr noch einmal um 15 % zu erhöhen. Sie beliefen sich damit im Berichtsjahr auf 31,4 Mio. EUR. Zusätzlich musste infolge des Impairmenttests eine Wertberichtigung der Beteiligung an der Millenium Sim AG über 1,7 Mio. EUR vorgenommen werden, die auf das Ergebnis drückte. Trotzdem lag der Gewinn vor Steuern am Ende um 3 % über dem Vorjahreswert bei 29,1 Mio. EUR. Die Cost-Income-Ratio verbesserte sich dadurch auf 72,98 %.

Unser zweites Mitglied aus Italien, die Banca Carige SpA blickt auf ein der wirtschaftlichen Situation in Italien geschuldetes zufriedenstellendes Jahr 2010 zurück. Die Bilanzsumme bei unserem Mitgliedsinstitut erhöhte sich um 12,4 % auf 33,5 Mrd. EUR nach 29,8 Mrd. EUR in 2009. Die Kreditvergabe wurde trotz schwieriger wirtschaftlicher Rahmenbedingungen um 11,3 % auf 21,9 Mrd. EUR (2009: 19,6 Mrd. EUR) ausgeweitet. Auch die Kundeneinlagen erhöhten sich um gute 5,8 % im Vergleich zum Vorjahr und liegen nun bei 13,9 Mrd. EUR nach 13,1 Mrd. EUR in 2009.

Bedingt durch weiterhin sinkende Zinsen und eine flache Zinsstrukturkurve in Italien spiegeln sich die positiven Entwicklungen bei den Bilanzkennzahlen nur bedingt in der Erfolgsrechnung wider. So betrugen die Zinsüberschüsse im Berichtsjahr 485,9 Mio. EUR nach 530,8 Mio. EUR im Vorjahr, ein Rückgang um 8,5 %. Zwar konnten die Provisionserlöse im Gegenzug um 11,4 % auf 249,1 Mio. EUR (2009: 223,7 Mio. EUR) gesteigert werden, sie konnten den Ertragsrückgang aus den Zinserlösen aber nicht kompensieren.

Die schwache Konjunktur und die sich nur mäßig entwickelnden Einkommen in Italien führten bei der Banca Carige zu einem Anstieg der „non-performing-loans“. Die Quote betrug per Ende 2010 4,5 % nach 3,7 % im Vorjahr, wodurch unser Mitgliedsinstitut um 14 % erhöhte Wertberichtigungen (in Summe 95,0 Mio. EUR) vornehmen musste. Zudem stiegen die Personalkosten durch Tarifsteigerungen um 4,2 % auf 320,1 Mio. EUR an, sodass unter dem Strich ein Gewinn von 180,6 Mio. EUR übrig blieb. Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 10,2 %, nachdem man dort noch 201,1 Mio. EUR ausweisen konnte.

Die Cost-Income-Ratio stieg dadurch auf 60,6 % nach 57,5 %.



Luxemburg

Der Luxemburger Bankensektor

Gegen Ende 2010 waren in Luxemburg 147 Kreditinstitute tätig, von denen ein Großteil (44) eigenständige Tochtergesellschaften oder Zweigstellen deutscher Banken sind. Die aggregierte Bilanzsumme der Institute betrug im Berichtsjahr 766 Mrd. EUR. Seit Beginn der Finanzkrise in 2008, als die Bilanzsummen addiert die Billionengrenze überschritten hatten, ist das Volumen deutlich um fast 25 % geschrumpft. Noch wichtiger ist Luxemburg als Standort für die Fondsindustrie. Ende 2010 waren über 3.600 Investmentfonds im Großherzogtum domiziliert, in denen über 2,2 Billionen EUR an Anlagegeldern verwaltet werden. Luxemburg ist damit Europas größter Fondsstandort, weltweit liegt er hinter den USA auf Platz 2.

Der Finanzplatz beschäftigt insgesamt rund 47.000 Mitarbeiter, das entspricht 14 % der Gesamtbeschäftigung. Dazu trägt der Sektor 25 % zum Steueraufkommens des Staates bei.

Addiert man Bilanzsummen der Kreditinstitute und verwaltete Gelder der Investmentgesellschaften und betrachtet zum Vergleich das luxemburgische Bruttoinlandsprodukt in Höhe von 55 Mrd. US-Dollar, dann wird die Abhängigkeit Luxemburgs von den Finanzinstituten sehr deutlich. Aus diesem Grund haben EZB und die EU-Kommission im Oktober 2010 auch eine eindringliche Warnung an das Herzogtum ausgesprochen, die in den Bankbilanzen enthaltenen Risiken und Strukturen genau zu analysieren. So bestehen die Bilanzen zu über 45 % aus Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und sind zum Großteil konzerninterne Transaktionen.

Die luxemburgische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser außerordentliches Mitglied in Luxemburg ist die Freie Internationale Sparkasse S.A.. Im Berichtsjahr konnte sie ihr 10-jähriges Bestehen feiern und blickt auf ein für sie erfolgreiches Geschäftsjahr 2010 zurück. Der Schwerpunkt der Tätigkeit liegt in der Betreuung und Beratung vermögender Privatkunden, dem so genannten „Private Banking“. Als Tochter der Sparkasse Bremen AG hat die FIS zunehmenden Bekanntheitsgrad in ganz Deutschland erreicht und so betreut die Sparkasse heute Kunden aus dem

gesamten Bundesgebiet. Die Dienstleistungspalette wird dabei ständig erweitert, seit 2010 wird den Kunden die Führung eines Edelmetalldepots angeboten und in Zusammenarbeit mit der „Fondation de Luxembourg“ wird den Kunden eine umfassende Expertise im Bereich Stiftungsgründungen zur Verfügung gestellt. Weiterhin gehört mit der im Jahr 2000 gegründeten InterPortfolio Verwaltungsgesellschaft S.A. eine eigene Fondsgesellschaft als Tochter zur FIS, die bereits mehrere sehr erfolgreiche, von Research-Häusern mit Bestnoten ausgezeichnete Investmentfonds aufgelegt hat.

Im Geschäftsjahr 2010 erhöhte sich die Bilanzsumme um 1,44 % auf 46,3 Mio. EUR nach 45,7 Mio. EUR in 2009. Kredite werden ausschließlich auf besicherter Basis vergeben. Neben vermittelten Eurokrediten aus dem deutschen Sparkassensektor werden Lombardkredite angeboten. Kreditlinien an Kreditinstitute werden selektiv vergeben und bestehen neben wenigen ausgewählten Banken hauptsächlich im Sparkassensektor. Insgesamt ist das Kreditgeschäft als risikoarm anzusehen und stellt keinen Hauptgeschäftsteil der Bank dar. Der Forderungsbestand der Bank stieg in 2010 um 34,0 % auf 17,2 Mio. EUR. Ursächlich dafür ist der Aufbau eines Portfolios an Schuldscheindarlehen von Schuldern guter Bonität. Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten einen Zuwachs von 2,1 % auf 22,8 Mio. EUR (Vorjahr: 22,3 Mio. EUR).

Im Wertpapierbereich hat sich der Gesamtbestand, auch durch die Ausweitung des Geschäfts mit Schuldscheindarlehen, von 30,7 Mio. EUR auf 27,0 Mio. EUR reduziert. Mehr als die Hälfte dieser Wertpapiere (13,4 Mio. EUR nach 15,5 Mio. EUR in 2009) sind festverzinsliche Wertpapiere mit gutem Rating. Die nicht festverzinslichen Wertpapiere in Höhe von 12,5 Mio. EUR (2009: 14,1 Mio. EUR) sind Bestände in defensiven Teilfonds, für die die Tochtergesellschaft als Verwaltungsgesellschaft fungiert.

Das von den 13 Mitarbeitern des Kreditinstituts erwirtschaftete Jahresergebnis 2010 ist als sehr erfreulich zu bezeichnen. Das Rekordergebnis des Vorjahres konnte nicht erreicht werden, dieses war aber auch durch erhebliche Sondereffekte geprägt.

Zum Ergebnis trugen ein 24,5 % erhöhter Zinsüberschuss (0,85 Mio. EUR) und ein um 15,0 % gestiegener Provisionsüberschuss (2,67 Mio. EUR) bei. Die Personal- und Sachkosten betrugen 2,38 Mio. EUR und lagen um 7,2 % über dem Vorjahreswert (2,22 Mio. EUR). So

konnte im Endergebnis ein Jahresgewinn von 1,35 Mio. EUR erzielt werden. Die Cost-Income-Ratio liegt bei guten 56,5 % und mit einem Solvabilitätskoeffizienten von über 300 % ist man mit genügend Eigenmitteln für zukünftiges Wachstum bestens ausgestattet.



Malta

Der maltesische Bankensektor

Der Finanzplatz Malta ist im Gegensatz zu vielen anderen Standorten gut durch die Finanzkrise gekommen. Gründe dafür sind hauptsächlich der geringe Anteil von strukturierten Produkten in den Portfolios der Banken und die im Inland tätigen Banken betreiben ausschließlich traditionelles Retailgeschäft mit umsichtiger Kreditvergabe und einer Refinanzierung über Kundeneinlagen. Dadurch war die maltesische Regierung nicht gezwungen, Banken durch staatliche Hilfsprogramme zu stützen. Malta bietet also weiterhin hohe wirtschaftliche und politische Stabilität, zumal der staatliche Verschuldungsgrad mit 67 % weit unter dem EU-Durchschnitt liegt. Der am schnellsten wachsende Wirtschaftszweig ist der Banken- und Finanzsektor, der bereits mehr als 12 % des BIP ausmacht und über 6.000 Arbeitskräfte beschäftigt. Möglich macht diesen Aufschwung eine liberale und wirtschaftsfreundliche Politik. In Malta ist die Wahrung von Bank- und Geschäftsgeheimnissen strafrechtlich gesichert. Es gibt in Malta 25 Institute mit einer Banklizenz, die alle nach angelsächsischer Rechtsform firmieren. Die größten Institute sind die Bank of Valetta plc. mit knapp 7 Mrd. EUR Bilanzsumme, gefolgt von der Raiffeisen Bank plc. mit ca. 6,1 Mrd. EUR. Die Bank of Valetta plc. ist Mitglied der europäischen Sparkassenvereinigung in Brüssel. Das umfangreiche Produkt- und Dienstleistungsangebot wird durch die Geschäftsbereiche Investment- und Private Banking abgerundet. Viele der dort ansässigen Kreditinstitute sind Töchter von ausländischen Banken, vor allem aus Österreich. Für diese ist Malta zwar ein Standort, aber kein Markt, weil wenig lokales Privatkundenge-

schäft möglich ist. Der geschäftliche Schwerpunkt liegt eher im „Wholesale banking“, also dem Großkundengeschäft mit hauptsächlich syndizierten Krediten. Dabei sind vor allem die rechtlichen und steuerlichen Gestaltungsmöglichkeiten interessant. Es geht weniger um den Körperschaftssteuersatz, der in Malta bei 35 % liegt, als um die tatsächliche steuerliche Belastung. Diese liegt wegen eines Anrechnungssystems oder angenommener Vorwegbesteuerungen wesentlich niedriger. Zu den günstigen Steuern kommen als weitere Standortfaktoren relativ niedrige Arbeitskosten für Mitarbeiter (Löhne liegen bei ca. 60 % des europäischen Durchschnitts), die niedrigsten Sozialversicherungsbeiträge im gesamten Euro-Raum sowie nicht zuletzt Englisch als zweite Landes- und Amtssprache hinzu.

Die maltesische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparkasse Bank Malta plc. wurde vor wenigen Jahren von der Sparkasse Schwaz AG aus Österreich gegründet. Auch die Sparkasse Bank Malta plc. ist in erster Linie im Interbankengeschäft tätig. Durch die Erholung der Finanzbranche wurde das im Vorjahr reduzierte Geschäft bei der Sparkasse wieder ausgeweitet. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 78,8 Mio. EUR auf 120,1 Mio. EUR (+52,4 %). Forderungen an Kunden wurden massiv auf 28 TEUR abgebaut (von 4,8 Mio. EUR in 2009), während die Forderungen an Banken von 33,8 Mio. EUR auf fast 85 Mio. EUR ausgebaut wurden. Auf der Passivseite konnten die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden deutlich gesteigert werden. Ihr Volumen beträgt nun

92,4 Mio. EUR, das sind 86,6 % mehr als in 2009 (49,5 Mio. EUR). Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten wurden um weitere 16,4 % auf nun 9,3 Mio. EUR zurückgefahren. Bedingt durch die Niedrigzinspolitik der EZB zur Stabilisierung der Finanzmärkte konnten die Zinsüberschüsse trotz gesteigertem Volumen nicht erhöht werden. Sie nahmen um 28,4 % auf nun 994 TEUR ab, nachdem man im Vorjahr in diesem Bereich noch 1389 TEUR verdienen konnte.

Die Provisionsüberschüsse nahmen um 16,4 % auf 987 TEUR zu. Die Personal- und Sachkosten unseres Mitgliedsinstitutes verursachten eine Erhöhung der Verwaltungsaufwendungen um von 21,0 TEUR. So konnte am Ende ein Gewinn in Höhe von 1,322 Mio. EUR präsentiert werden. Die Cost-Income-Ratio liegt bei einer Quote von 33,3 % und mit einer Eigenkapitalquote von 39,8 % ist die Sparkasse Bank Malta plc. auf zukünftiges Wachstum bestens vorbereitet.



Niederlande

Der niederländische Bankensektor

Die Niederlande weisen nach Belgien den höchsten Konzentrationsgrad eines europäischen Bankenmarktes auf. Regional tätige Sparkassen sucht man in den Niederlanden vergeblich. Gab es in den Niederlanden Ende der sechziger Jahre noch 250 Sparkassen, ist diese Institutsgruppe heute nicht mehr existent. 1990 schlossen sich über 100 Sparkassen zur SNS Bank zusammen, die außerordentliches Mitglied unseres Verbandes ist. Ferner wurde der Konzentrationsprozess der Sparkassen von der belgisch-niederländischen Fortis-Gruppe vorangetrieben. In den Niederlanden teilten sich vor der Finanzkrise vier Bankkonzerne über 80 % des Marktes: die Finanzgruppe ING, die Fortis-Gruppe, die Rabobank und die kurz vor der Finanzkrise in einem europäischen Bieterwettbewerb zunächst von der spanischen Santander, der britischen RBS und Fortis übernommene ABN Amro.

Wie in anderen europäischen Ländern mit wenigen Großbanken musste auch die Niederlande ihr Bankensystem im Zuge der Finanzkrise mit massiven Stützungen auffangen. Der ING-Konzern erhielt 10 Mrd. EUR, die gesamte Fortis-Gruppe musste von den Beneluxstaaten mit über 11 Mrd. EUR gerettet werden und die Niederlande übernahmen den Bieteranteil von Fortis an ABN Amro für weitere 16,8 Mrd. EUR. Die in den drei Ländern tätigen Einzelgesellschaften von Fortis wurden im Gegenzug durch eine jeweilige 49 %-Beteiligung der Staaten

faktisch unter deren Kontrolle gestellt. Da auch die ABN Amro im Verlauf der Krise über 5 Mrd. EUR an staatlichen Hilfen benötigte, wurde der niederländische Teil der ABN Amro vom Konzern abgetrennt und komplett verstaatlicht.

In den Jahren 2009 und im Berichtsjahr gelang es ING und Fortis, Teile der Staatshilfen durch gute Gewinne zurückzuzahlen. Das Firmenkundengeschäft der ABN Amro in den Niederlanden wurde 2010 an die Deutsche Bank verkauft, der Rest wird mit der niederländischen Fortis verschmolzen. Für 2011 plant der niederländische Staat, die neu dimensionierte ABN Amro Bank über die Börse wieder zurück in Privatbesitz zu bringen.

Die niederländische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unser Mitgliedsinstitut, die SNS Bank N.V., bietet im Rahmen der SNS Reaal Group ihren Kunden die komplette Palette an Finanzdienstleistungen an. Dabei will man sich als Ergebnis der Finanzkrise zukünftig vorwiegend auf den niederländischen Markt beschränken und sieht sich als Bank für Privatkunden und den Mittelstand. Kapitalmarktgeschäfte und große Projektfinanzierungen im In- und Ausland sollen zukünftig nicht mehr getätigt werden und so hat sich die SNS Bank entschlossen, ihre Geschäftsstrategie grundlegend zu verändern. Das Projektfinanzierungsgeschäft – in den letzten Jahren durch

hohe Abschreibungen ein großer Verlustbringer – soll in den nächsten drei bis vier Jahren abgewickelt werden. Zusätzlich soll der Vertrieb umstrukturiert werden. So werden die knapp 150 Full-Service-Filialen, in denen Kunden weiterhin ganzheitliche Beratung angeboten wird, auf wenige Zentren reduziert werden. Ansonsten sollen Kunden mit einfachen und transparenten Standardprodukten über das Internet und bis zu 300 SNS-Shops versorgt werden. Teile dieser Shops unterhält die SNS Bank in Eigenregie, andere werden von Franchise-Nehmern betrieben. Daneben werden über Webseiten dritter Anbieter und über Vertriebsketten Immobilienfinanzierungen angeboten. Dieses neue Konzept soll zu einer erheblichen Kostensenkung bei der SNS Bank führen und dem Institut auch im margin schwächeren Retailbanking auskömmliche Gewinne ermöglichen.

Das Geschäftsjahr 2010 war aus Sicht der SNS Bank ein zufriedenstellendes Jahr. Die Bilanzsumme reduzierte sich von 80,2 Mrd. EUR um 1,7 % auf 78,9 Mrd. EUR. Im Zuge der Neustrukturierung wurden durch Hypotheken besicherte Projektfinanzierungen abgebaut, so dass am 31.12. noch 65,0 Mrd. EUR Forderungen an Kunden in der Bilanz standen, 3,6 % weniger als im Vorjahr (67,5 Mrd. EUR). Teile dieser Forderungen (29,5 Mrd. EUR) sind über sogenannte „Debt certificates“ – ähnlich dem deutschen Pfandbrief – über den Markt refinanziert. Die Kundeneinlagen stiegen hingegen um 3,6 Mrd. EUR auf 37,9 Mrd. EUR, ein Plus von 10,5 % gegenüber

2009. Die Erfolgskennziffern weisen einen Zinsüberschuss für die SNS Bank in Höhe von 871 Mio. EUR aus, ein Zuwachs von 29,6 % im Vergleich zum Vorjahr (672 Mio. EUR). Der Provisionsüberschuss fiel mit 92 Mio. EUR 7 % geringer aus als 2009, als noch 99 Mio. EUR erzielt werden konnten. Bei den Aufwendungen machte sich die veränderte Struktur der SNS Bank bereits bemerkbar. Die direkten Personal- und Sachkosten konnten um 14 % reduziert werden. Die Cost-Income-Ratio konnte so auf gute 61,7 % reduziert werden. Durch die Insolvenz der holländischen DSB Bank entstanden allerdings Sonderaufwendungen in Höhe von 38 Mio. EUR als Beitrag zur Einlagensicherung. Zudem entschädigte die Bank in einem Vergleich Anleger von durch die Bank vermittelten ausländischen Investmentfonds mit insgesamt 13 Mio. EUR. Dadurch lagen die Aufwendungen am Ende mit 285 Mio. EUR über denen des Vorjahres (250 Mio. EUR). Während im klassischen Kreditbereich die Vorsorgerückstellungen rückläufig waren, entstand im Bereich der Projektfinanzierung erneut erheblicher Wertberichtigungsbedarf. So musste die SNS Bank insgesamt 941 Mio. EUR an Korrekturen vornehmen (2009: 571 Mio. EUR). Daher resultiert am Ende insgesamt ein Verlust von 431 Mio. EUR, während der Retailbereich einen Überschuss von 162 Mio. EUR erzielt hat. Ab 2011 wird der problematische Bereich aus der SNS Bank herausgelöst und als separate Sparte im SNS Reaal Konzern geführt werden.



Norwegen

Der norwegische Bankensektor

Der norwegische Bankenmarkt ist durch eine starke Konzentration geprägt. Das größte norwegische Kreditinstitut, die DnB Nor mit einer Bilanzsumme von 184 Mrd. EUR sowie einem Marktanteil von 40 %, ist formell eine Sparkasse. Das Institut entstand 2003, als die damals größte norwegische Sparkasse, die Sparebanken Nor, durch die größte Geschäftsbank des Landes, die Den Norske Bank, übernommen wurde. Die Berechtigung zur Führung des Namens „Sparkasse“ behalten börsennotierte Kreditinstitute dann, wenn deren Sparkassenstiftungen mind. 10 % vom jeweiligen Aktienkapital besitzen. Da die Eigentümerstiftung der Sparebanken Nor noch immer 10,4 % an der DnB Nor hält, ist diese formell eine Sparkasse und somit weiterhin Mitglied im Sparkassenverband. Als international ausgerichtete Geschäftsbank gehört sie aber auch gleichzeitig dem Bankenverband an.

Neben der DnB Nor gibt es weitere 114 norwegische Sparkassen, die aber im Gegensatz dazu regional ausgerichtet sind. Die meisten dieser Sparkassen haben sich zu drei Allianzen zusammengeschlossen. Die norwegischen Sparkassen verfügen alle über die Rechtsform der Stiftung, deren Kapitalbildung vor allem durch Gewinnthesaurierung erfolgt. Seit 2002 können die Sparkassen ihre Rechtsform auch in eine Aktiengesellschaft umwandeln, allerdings hat hiervon bisher lediglich die DnB Nor Gebrauch gemacht. Da der Markt in Norwegen weitestgehend verteilt ist, haben viele Banken ihr Geschäftsgebiet auf die neuen EU-Nachbarn Polen und das Baltikum ausgedehnt. Dies bescherte den Instituten Anfang des Jahrzehnts zweistellige Wachstumsraten und Gewinnrenditen, die deutlich über denen der restlichen EU lagen. Diese Engagements bereiteten 2009 zunehmend Probleme, da der Aufschwung im Baltikum zu einem erheblichen Teil kreditfinanziert war. Außerdem wurden die Kredite aufgrund der hohen Inflation und den damit verbundenen hohen Zinsen überwiegend in Euro vergeben, da man fest von einem baldigen Beitritt zur Euro-Zone ausging. Im Zuge der Wirtschaftskrise stürzte dieses Kartenhaus zusammen und viele Balten waren aufgrund der abgewerteten heimischen Währungen nun nicht mehr in der Lage, ihre Kredite zu be-

dienen. So lag der Wertberichtigungsbedarf auf Kreditforderungen in den baltischen Staaten 2009 zwischen 7 % in Litauen und fast 14 % in Lettland und trübte die Bilanzen der nordischen Kreditinstitute. Allerdings konnten diese Verluste durch gute Ergebnisse im Heimatmarkt aufgefangen werden, da Norwegen durch die stabile Öl-Nachfrage relativ unbeschadet durch die Krise gekommen ist. Der norwegische Staat legte zu Beginn des Jahres 2009 zwar zur Sicherheit wie alle anderen europäischen Staaten ein 10 Mrd. EUR großes Liquiditätsprogramm auf, dieses wurde aber von den Banken nicht benötigt. Mit der weltwirtschaftlichen Erholung im Jahr 2010 stabilisierten sich dann auch die baltischen Staaten wieder und die Wertberichtigungen für die nordischen Institute gingen wieder auf ein Normalmaß zurück.

Die norwegische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Sparebanken Sør, unser Mitgliedsinstitut aus Norwegen, hat ein gutes Geschäftsjahr 2010 gemeldet. Zu Beginn des Jahres 2009 wurde das Institut als Konsequenz aus einem Verlustjahr 2008 durch die Finanzkrise umstrukturiert. Man trennte das Retail-Banking und das Corporate Banking in 2 separate Bereiche, um die jeweiligen Teilbereiche zukünftig besser im Fokus zu haben. Zudem wurde mit der Sør Boligkredit AS eine eigene Hypothekenbank gegründet, um die von der norwegischen Zentralbank ermöglichte günstige Refinanzierung für besicherte Forderungen effektiver nutzen und Kunden Kredite zu besseren Konditionen anbieten zu können. Weiterhin trat man in 2009 der Eigentümergemeinschaft der von Sparkassen gegründeten Versicherung Frende Forsikring bei und begann, deren Lebens- und Sachversicherungen zu vertreiben.

Die Bilanzsumme ist um 6,7 % von 35,3 Mrd. NOK in 2009 auf 37,7 Mrd. NOK (4,8 Mrd. EUR) im Berichtsjahr angestiegen. Die Forderungen an Kunden stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 % auf 31,0 Mrd. NOK (4,0 Mrd. EUR), Kundeneinlagen nahmen um 2,1 % auf 17,3 Mrd. NOK (2,2 Mrd. EUR) zu. Im Verlauf des Berichtsjahres verteuerte sich die Refinanzierung am Kapitalmarkt für die Sparebanken Sør bedingt durch das Missverhältnis

zwischen Kredit- und Einlagenwachstum. Trotzdem war der Zinsüberschuss zum Bilanzstichtag mit 668 Mio. NOK (85,6 Mio. EUR) um 45 Mio. NOK höher als 2009 (623 Mio. NOK), das Provisionsergebnis lag mit 152 Mio. NOK (19,5 Mio. EUR) auf Vorjahresniveau. Die Personalkosten lagen mit 210 Mio. NOK (26,9 Mio. EUR) um 15,7 % unter dem Vorjahr, die Verwaltungsaufwendungen stiegen um 6,3 % auf 204 Mio. NOK (26,1 Mio. EUR). Bedingt durch einen Sondereffekt – die Fusion der Nor-

dito AS und der PBS Holding AS, an der unser Mitgliedsinstitut eine strategische Beteiligung hielt, erbrachte einen einmaligen Erlös von 112 Mio. NOK (14,4 Mio. EUR) – erhöhte sich der Jahresüberschuss auf 368 Mio. NOK (47,2 Mio. EUR) und war damit das beste Ergebnis in der Geschichte der Sparebanken Sør. Die Cost-Income-Ratio lag bereinigt um den Sondereffekt bei 54,7 %, die Kernkapitalquote beträgt üppige 14,0 %.



Österreich

Strategie der österreichischen Sparkassengruppe

Der strategische Fokus der österreichischen Sparkassengruppe lag auch 2010 bei der Neukundenakquisition, um mittelfristig die Marktführerschaft in Österreich zu erreichen. Ein weiteres Ziel war die Forcierung des Haftungs- und Kooperationsverbunds, der eine Zusammenarbeit hinsichtlich der Bewältigung gesetzlicher Anforderungen, gemeinsamer Entwicklung von Managementinformations- und Kontrollsystemen, diverser Organisations- und Prozessvorhaben sowie für Themen aus dem Bereich der Informationstechnologie vorsieht.

Neukundengewinnung und bessere Kundenbetreuung

Die österreichische Sparkassengruppe strebt eine mittelfristige Erhöhung der Kundenanzahl um 70.000 jährlich an. Parallel sollen mit bestehenden Kunden langfristige Kundenbeziehungen aufgebaut werden. Ziel ist es, als Hausbank der Unternehmen und Privathaushalte zu fungieren. Stärkere Beachtung soll auch wieder die Zusammenarbeit mit den Gemeinden finden. Die Sparkassengruppe hat mit einem vom DSGV entwickelten Zinssteuerungsprogramm den Gemeinden ein Instrument zur Optimierung ihrer Darlehensschulden angeboten, das in einigen Fällen bereits erfolgreich umgesetzt werden konnte.

Zu einer besseren Kundenbetreuung gehört auch der Ausbau des Web 2.0 als Kommunikations- und Informationsinstrument.

Investitionen in die Qualität

Die erfolgreiche Neukundenakquisition geht mit einer erfolgreichen Qualitätspolitik einher. Auch 2010 wurden die Bemühungen zur Verbesserung der Qualität von den Medien und den Kunden insofern belohnt, als die Erste Bank und die Sparkassen von der renommierten Zeitschrift „The Banker“ zur Bank of the Year 2010 in Österreich gekürt wurden. Die Qualitätsentwicklung in den Sparkassen wird monatlich durch den Qualitätscheck errechnet, bei dem die Kundenzufriedenheit bei 47.000 Sparkassenkunden aller Institute im Vergleich zu den Mitbewerbern telefonisch erfragt wird.

Nationale und EU-Regelungen

Der Baseler Ausschuss hat Ende 2010 den finalen Text zur Überarbeitung der Eigenkapitalregelungen (Basel III) vorgelegt. Die EU-Kommission hat die Vorgaben weitestgehend in ihren Richtlinienentwurf CRD IV übernommen, dessen Veröffentlichung im Juli 2011 erfolgt ist. Der Sparkassenverband vertritt aber mit Nachdruck die Sichtweise des Europäischen Parlaments, das Besonderheiten des europäischen Bankenmarktes und spezifische Unternehmensfinanzierungen über Banken berücksichtigt sehen will. Für die österreichischen Sparkassen geht es vor

allem um die Höhe eines Kapitalzuschlags für Systembanken und die asymmetrische Behandlung von Minderheitenkapital. Sollte es hierbei keine Ausnahmeregelung geben, würde das Konsequenzen für die Kooperationsform der Sparkassen mit sich ziehen.

In Österreich wurde eine nationale Bankenabgabe beschlossen, die zwar nur Kreditinstitute mit einer Bilanzsumme über einer Milliarde Euro betrifft, Erste Bank und Sparkassen trotzdem wahrscheinlich mit 140 Mio. EUR belasten wird. Außerdem soll eine Wertzuwachssteuer oder Kursgewinnsteuer eingeführt werden, die im Rahmen der Einkommensbesteuerung 25 % der Kursgewinne erfassen und von den Banken administriert werden soll. Der Sparkassenverband wehrt sich noch heftig gegen dieses komplizierte Modell und hat gemeinsam mit anderen Interessenvertretungen der Kreditwirtschaft den Verfassungsgerichtshof zwecks Prüfung dieser Steuer angerufen. Der Sparkassenverband hat errechnet, dass diese neuen Belastungen die Erste Bank und Sparkassen insgesamt mit rund 360 Mio. EUR belasten könnten. Das würde rund 150 % des Jahresüberschusses des Jahres 2010 entsprechen. Auf jeden Fall lehnt der Verband eine doppelte Belastung der Sparkassen aus der nationalen Bankenabgabe und der Dotierung des Einlagensicherungsfonds ab.

Zahl der Sparkassen in Österreich

Ende 2010 gab es in Österreich neben der Erste Group Bank, der Erste Bank Oesterreich und der rein gemeinwohlorientierten Zweite Sparkasse 51 regionale Sparkassen mit insgesamt 990 Filialen. 39 dieser 54 Institute haben ihren Geschäftsbetrieb in eine Aktiengesellschaft ausgelagert. Die übrigen 15 regionalen Sparkassen bestehen noch in der traditionell eigentümerlosen Form, wobei drei als Gemeindesparkassen und zwölf als Vereinssparkassen gegründet wurden. Als Aktionäre der AGs treten neben 9 Anteilsverwaltungssparkassen 35 Stiftungen auf, wobei in einigen Fällen mehrere Stiftungen Anteile an einer AG halten. Schließlich sind einige Sparkassen-Aktiengesellschaften auch an anderen Sparkassen, zum Teil mehrheitlich beteiligt. Der Anteil der Vereinssparkassen an der gesamten Bilanzsumme der Sparkassengruppe beträgt

85 %. Deshalb wird in der Folge die Entwicklung der Erste Bank und der Sparkassen (ohne die Erste Group Bank AG) geschildert, die mit der Entwicklung der Vereinssparkassen in weitestem Maße identisch ist.

Geschäftsentwicklung der österreichischen Sparkassen

Die Erste Bank und die Sparkassen reduzierten im Jahr 2010 die Bilanzsumme gegenüber 2009 um 2,3 % auf 85.398 Mio. EUR. Dieser Rückgang betraf – wie schon im Jahr zuvor – ausschließlich das Zwischenbank- und nicht das Kundengeschäft. Die Primärmittel in der Höhe von 60.356 Mio. EUR lagen um 1,5 % über dem Vergleichswert von 2009, das Kreditvolumen in Höhe von 54.356 Mio. EUR wuchs um 4 %, vor allem wegen der höheren Kreditnachfrage seitens der Privathaushalte und der Öffentlichen Hand. Das Kernkapital (Tier1-Kapital) der Sparkassen betrug 4,7 Mrd. EUR. Dies entspricht einem Anteil von 74,8 % an den gesamten Eigenmitteln und einer Kernkapitalquote, bezogen auf das Kreditrisiko von 12,6 % (2009: 11,6 %). Die Anzahl der Mitarbeiter betrug nach Köpfen 14.106 (-238 gegenüber 2009) und die Anzahl der Kunden 3.129.427 (+2 % gegenüber 2009). Durch eine Kooperation mit der größten österreichischen Tankstellenkette OMV gibt es seit Anfang 2010 169 zusätzliche Bankstellen mit multifunktionalen Selbstbedienungsgeräten in Tankstellen.

Das Betriebsergebnis wuchs nach einer zweijährigen Stagnation um 7 % auf 801 Mio. EUR, das entspricht 0,82 % der DBS. Wegen der rückläufigen Wertberichtigungen für Ausleihungen, Wertpapiere und Beteiligungen stieg das Jahres-EGT gegenüber 2009 um 21 % auf 391 Mio. EUR und beträgt nun 0,35 % der DBS. Der Jahresüberschuss nach Steuern stieg um 15 % auf 240 Mio. EUR, das entspricht 0,23 % der DBS.

Die Cost-Income-Ratio lag zum Ultimo 2010 mit 64,1 % günstiger als 2009. Der ROE nach Steuern stieg wegen des guten Jahresüberschusses auf 5,2 %. Die Loan to Deposit Ratio, also das Verhältnis von Krediten zu Einlagen betrug im Berichtsjahr 101 %.



Schweden

Der schwedische Bankensektor

Die 64 schwedischen Sparkassen verfügen landesweit über einen Marktanteil von nur 5 %, haben aber regional teilweise eine sehr starke Marktposition und verfügen dort über weit höhere Marktanteile. Mit 182 Filialen unterhalten die kleinen schwedischen Sparkassen immerhin ca. 8 % der Bankfilialen in Schweden. Sie leisten damit einen wichtigen Beitrag zur flächen-deckenden Versorgung von kleinen und mittleren Unternehmen mit Finanzdienstleistungen. Sie sind grundsätzlich in der Rechtsform von privaten Stiftungen tätig, allerdings besteht seit 1991 die Möglichkeit, das Bankgeschäft in Aktiengesellschaften einzubringen. Davon haben mittlerweile 14 Sparkassen Gebrauch gemacht, von denen 5 inzwischen zu 30–60 % der Swedbank AG gehören.

Die größte Gruppe der in Schweden tätigen Banken bilden die Geschäftsbanken mit den „großen Vier“ an der Spitze. Dies sind die FöreningsSparbanken (Swedbank AG), die Svenska Handelsbanken, die Nordea und die SEB. Sie haben, gemessen an der Bilanzsumme, einen Marktanteil von über 80 %. Von den „großen Vier“ hat die Swedbank AG ihre Wurzeln im Sparkassen- und Genossenschaftssektor und unterhält landesweit 340 Filialen. Der schwedische Bankenmarkt ist von einem harten Wettbewerb und hoher Bankenkonzentration gekennzeichnet, organisches Wachstum im Heimatmarkt ist nur noch schwer möglich. Deshalb haben vor allem die Swedbank AG, SEB und Nordea stark ins Baltikum, nach Russland und Osteuropa expandiert. In der Finanzkrise hat sich das Auslandsengagement der schwedischen Kreditinstitute in den baltischen Staaten – jahrelang mit Anteilen von bis zu 40 % am Gesamtgewinn ein starker Ertragsbringer – als Belastung herausgestellt. Diese Staaten verdankten ihr rasantes Wachstum der letzten Jahre den günstigen Standortbedingungen und sind stark vom Export abhängig. Die Binnenmärkte zeichneten sich vor allem durch hohe Inflationsraten im teilweise zweistelligen Bereich aus, die hauptsächlich durch überhitzte Immobilienmärkte verursacht wurden. Deshalb wurden viele Hausfinanzierungen in Fremdwährungen (85 % Euro-Kredite) vergeben. Von dem weltweiten Nachfragerückgang wurden die baltischen Staaten mit voller Wucht getrof-

fen, hohe Arbeitslosigkeit, Lohnkürzungen und einbrechende Immobilienpreise um bis zu 70 % waren 2008 die Folge. Lettland konnte nur durch einen Notkredit des IWF und der EU über 7,5 Mrd. EUR vor dem Staatsbankrott gerettet und eine Abwertung des Lats gegenüber dem Euro verhindert werden.

Swedbank, SEB und Nordea sind alleine in Lettland mit 12,6 Mrd. EUR die größten Kreditgeber, insgesamt haben sie in den baltischen Staaten knapp 60 Mrd. EUR verliehen. Um die hohen Kreditausfallraten zu verarbeiten, mussten alle drei Großbanken neues Kapital in der Größenordnung von knapp 5 Mrd. EUR bei ihren Aktionären aufnehmen. Der schwedische Staat stellte für die schwedischen Banken einen Stabilitätsfonds über 5 Mrd. EUR zur Verfügung. Ob die weltweite wirtschaftliche Erholung die Lage im Baltikum dauerhaft beruhigen kann, ist derzeit nur schlecht zu beurteilen. Auf jeden Fall ist der Wertberichtigungsbedarf der Banken dort wieder auf ein normales Maß zurückgekehrt.

Die schwedischen außerordentlichen Mitgliedssparkassen

Unser außerordentliches Verbandsmitglied, der Sparbankernas Riksförbund, vertritt die Interessen der 64 zum Teil sehr kleinen Sparkassen in Schweden. Sie kommen zusammen auf eine aggregierte Bilanzsumme von 16,5 Mrd. EUR und haben zum Großteil weniger als 100 Mitarbeiter. Sie sind daher auf Kooperationen innerhalb der Sparkassengruppe angewiesen. Als Spitzeninstitut unter den Sparkassen in Schweden fungiert die Swedbank AG. Die Swedbank hat umfangreiche Kooperationsabkommen mit den kleineren Sparkassen des Sparbankernas Riksförbund, insbesondere in den Bereichen Produktentwicklung und IT-Dienstleistungen, geschlossen. Der zunehmende Wettbewerbsdruck und flache Zinskurven sind auch bei den Sparkassen in Schweden spürbar. Um im harten Wettbewerb bestehen zu können, wurde die Anzahl der Mitarbeiter der im Verband zusammengeschlossenen Institute weiter abgebaut und das Filialnetz nochmals gestrafft.

Unsere Mitgliedssparkasse Sparbanken Syd, die ebenfalls dem schwedischen Sparkassenverband angeschlossen ist, vermeldet ein schwaches Jahr 2010. Die Bilanzsumme sank auf

8,6 Mrd. SEK (959 Mio. EUR) nach 8,8 Mrd. SEK in 2009. Die Forderungen an Kunden verringerten sich auf 6,8 Mrd. SEK oder 758 Mio. EUR (2009: 8,5 Mrd. SEK), während die Kundeneinlagen gegenüber dem Vorjahr mit 6,3 Mrd. SEK (703 Mio. EUR) nahezu unverändert blieben. Die Erfolgsrechnung 2010 ist weiterhin durch ein niedriges Zinsniveau bei steigenden Kosten belastet. Der Zinsüberschuss erhöhte sich leicht auf 143,3 Mio. SEK oder 16,0 Mio. EUR nach 140,4 Mio. SEK in 2009. Das Provisionsergebnis konnte ebenfalls zulegen und lag im Berichts-

jahr bei 73,6 Mio. SEK (8,2 Mio. EUR) nach 71,9 Mio. SEK in 2009. Unser Mitgliedsinstitut kämpft seit Jahren aufgrund seiner Selbstständigkeit bei geringer Größe mit der Kostenstruktur. Da sich auch in 2010 die Kosten nur marginal auf 280,2 Mio. SEK (31,2 Mio. EUR) drücken ließen und im Ergebnis ein Jahresverlust von 9,9 Mio. SEK (1,1 Mio. EUR) zu Buche stand, entschied sich die Geschäftsleitung im Berichtsjahr, die Sparbanken Syd in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln und in der Folge mit der Sparbanken Öresund zu fusionieren.



Schweiz

Der Schweizer Bankensektor

Grundsätzlich hat der Schweizer Bankensektor noch immer Vorbildcharakter für alle weltweiten Finanzplätze. Außer den beiden internationalen Großbanken sind alle weiteren Bankengruppen (Kantonal- und Regionalbanken, Raiffeisenbanken) Universalbanken, deren Hauptgeschäft im Retailbereich liegt. Sie versorgen überwiegend die regionale Kundschaft mit Finanzdienstleistungen, kennen die lokalen Verhältnisse und Wirtschaftskreisläufe und können so ihre spezifischen Marktkenntnisse und Kundennähe als Vorteil ausspielen. Daneben gibt es noch die Privatbankiers, die überwiegend im Vermögensmanagement und Investmentbanking tätig sind. Die Privatbankiers haften subsidiär mit ihrem gesamten Vermögen, bieten sich in der Regel nicht öffentlich zur Entgegennahme von Spargeldern an und gehen mit ihnen anvertrauten Werten sehr sorgsam um. Gäbe es also nicht die beiden Riesen UBS und Credit Suisse, die Finanzkrise wäre sicher trotz der Bedeutung der Finanzindustrie für die Schweiz kaum ein Thema bei den Eidgenossen gewesen.

So sind allerdings die Sorgen um Credit Suisse und die UBS auch in 2010 nicht grundlegend ausgeräumt worden. Zwar machten beide Konzerne wieder gute Gewinne, die Bedrohung für die Schweizer Volkswirtschaft, als beide Banken in Schieflage gerieten und mit Milliardenbeträgen vor einer drohenden Insolvenz gerettet wer-

den mussten, waren in den Köpfen der Eidgenossen weiterhin sehr präsent. So besitzen beide Institute zusammen eine Bilanzsumme von rund 1,5 Billionen CHF, was dem fünffachen des jährlichen Bruttoinlandsprodukts des Landes und über 50 % der Bilanzsummen aller Kreditinstitute des Landes entspricht. Aus Sorge, im Falle einer tiefgreifenden Krise in eine Staatskrise wie z.B. in Island oder Irland gezogen zu werden, wurden als Sofortmaßnahmen für Schweizer Kreditinstitute von der Bankenaufsicht Finma Richtlinien erlassen, die unter dem Begriff „Basel 2.5“ deutlich früher als an anderen Bankplätzen als ersten Schritt höhere Eigenkapitalunterlegungen vorsehen.

Zusätzlich beschäftigte man sich mit der „too-big-to-fail“-Problematik und versuchte mittels einer Expertenkommission Lösungen zu finden, sich zukünftig nicht mehr von den beiden Großbanken erpressbar machen zu lassen. Die Diskussionen wurden 2010 das ganze Jahr hindurch geführt, führten allerdings erst im Juli 2011 zu einem Ergebnis. Anders als in Europa und den USA, wo die Umsetzung der Empfehlungen des Baseler Ausschusses (Basel III) stufenweise Anhebungen der Eigenkapitalquoten auf 10,5 % bis 2019 vorgesehen sind, müssen die schweizerischen Großbanken CS und UBS ihre Eigenkapitalquoten auf 19 % erhöhen. Allerdings müssen nur 10 % davon hartes Kernkapital nach Basel III sein. Die restlichen 9 % können

durch die Ausgabe von sogenannten „Coco-Bonds“ (Contingent Convertibles) vorgehalten werden. Diese besondere Form der Anleihen würde im Krisenfall eines Institutes automatisch in Aktien umgewandelt werden, damit den Fremdkapitalanteil reduzieren und dem Institut neues Eigenkapital beschaffen. Diese Anleihen sind international noch sehr umstritten, denn man fürchtet, dass die Wandler im Krisenfall die Panik verschärfen, weil eine drohende Verwässerung der Altaktionäre den Börsenkurs drücken und eine Abwärtsspirale auslösen könnten. Die Schweizer Nationalbank ist allerdings davon überzeugt, dass sich diese Anleihen durchsetzen werden. So hätten sie den Vorteil, dass sie im Gegensatz zur Aktie nicht vom Gewinnpotential hoher Risiken profitieren. Die Cocos erfordern vielmehr eine Risikoprämie, welche mit den eingegangenen Risiken einer Bank zunimmt. Auch in der Schweiz bleibt das Thema geordnete Abwicklung einer systemrelevanten Bank bis heute ungelöst.

Die schweizerische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Unsere Mitgliedssparkasse in der Schweiz, die AEK Bank 1826 in Thun, blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück. Als Regionalbank steht für die AEK Bank traditionell der Kunde im Vordergrund, riskante Eigengeschäfte haben keinen Platz in der Geschäftsphilosophie unseres Mitglieds.

Die Bilanzsumme erhöhte sich um 105,6 Mio. CHF oder 4,0 % auf 2,73 Mrd. CHF (2,22 Mrd. EUR). Auf der Aktivseite wurden im vergangenen Jahr auf Grund der Zinssituation vermehrt variable Hypotheken in Festzinsdar-

lehen umgewandelt. Zudem konnten neue Hypothekarforderungen in Höhe von 128,4 Mio. CHF (102,7 Mio. EUR) aufgebaut werden, was einer Steigerung von 6,2 % entspricht. Insgesamt betragen die Forderungen an Kunden nun 2,2 Mrd. CHF (1,8 Mrd. EUR). Auf der Passivseite konnten die Spar- und Kundeneinlagen insgesamt um 49,1 Mio. CHF (39,3 Mio. EUR) gesteigert werden. Durch das niedrige Zinsniveau wurden die Kundeneinlagen zunehmend kurzfristig auf Sparkonten deponiert, während längerfristige Anlagen abnahmen. Zusammen mit den übrigen Kundeneinlagen verwaltet die AEK Bank damit insgesamt knapp 1,9 Mrd. CHF (1,5 Mrd. EUR). In der Erfolgsrechnung stellten die Zinsüberschüsse mit 48,0 Mio. CHF (38,4 Mio. EUR) weiterhin die wichtigste Ertragsquelle der AEK Bank 1826 dar. Der Provisionsüberschuss konnte mit 2,4 Mio. CHF (1,9 Mio. EUR) gegenüber dem Vorjahr (2,0 Mio. CHF) gesteigert werden. Die Aufwendungen erhöhten sich um 0,81 Mio. CHF (0,65 Mio. EUR). Ursächlich hierfür waren erhöhte Ausgaben (0,35 Mio. CHF) für intensivere Werbung, einmalig erhöhte Informatikkosten (0,30 Mio. CHF) sowie um 0,16 Mio. CHF erhöhte Personalkosten durch Mitarbeiterschulungen und -training. Mit einem Bruttogewinn von 31,7 Mio. CHF (25,3 Mio. EUR) wurde trotz der gestiegenen Kosten ein hervorragendes Ergebnis erzielt, das durch eine Cost-Income-Ratio von 39,1 % eindrucksvoll unterstrichen wird. Der Jahresgewinn nach Steuern beträgt rund 8,9 Mio. CHF (7,1 Mio. EUR), von dem rund 91 % den Reserven zugeführt wird, um die Eigenkapitalquote in Höhe von 11,6 % weiter zu stärken.



Spanien

Der spanische Bankensektor

Die spanische Volkswirtschaft ist in einer strukturellen Krise, aus der sie sich nur langsam heraus bewegt. Erste Verbesserungen sind zu erkennen: So ist die Produktivität stärker gestiegen als in den anderen Flächenländern der Eurozone. Allerdings benötigt das Land eine höhere Wettbewerbsfähigkeit der Industrie und einen flexibleren Arbeitsmarkt, um sich für die Zukunft fit zu machen. Spanien steht vor der Herkulesaufgabe, seine Staatsverschuldung weiter zurückzuführen, um das Vertrauen der Investoren zu erhalten. Dabei müssen neben denen des Zentralstaates auch die Finanzen der 17 autonomen Regionen unter Kontrolle gebracht werden. Gleichzeitig sollten die negativen konjunkturellen Effekte einer restriktiven Fiskalpolitik im Auge behalten werden.

Einer der Gründe für Spaniens Schwierigkeiten ist die anhaltende Bau- und Immobilienkrise. Das Land hatte bis 2007 über ein Jahrzehnt eine dynamische Bautätigkeit zu verzeichnen, die zu Überkapazitäten geführt hat. Ursachen der starken Baunachfrage waren die günstige Einkommensentwicklung, der Bevölkerungsanstieg und der deutliche Rückgang der Kreditzinsen, der bereits im Vorfeld der Euroeinführung 1999 begonnen hatte. 2007 war der Anteil der Bauinvestitionen am BIP auf fast 18 % angewachsen, wobei rund die Hälfte auf den Wohnungsbau entfiel. Seit 2008 sinken die spanischen Bauinvestitionen in hohem Tempo. Die Finanz- und Wirtschaftskrise, hohe Überkapazitäten, sinkende Hauspreise und steigende Zinsen verschärften den Abwärtstrend, zumal in Spanien in der Vergangenheit traditionell Darlehen mit variabler Verzinsung gewählt wurden. Kreditnehmer bekamen zunehmend Probleme, ihre Darlehensraten zu bezahlen, der Anteil notleidender Kredite liegt mittlerweile bei über 6 %.

Die auch in Südamerika tätigen internationalen Großbanken Santander und BBVA konnten diese Entwicklung am heimischen Markt durch gute Erträge in Übersee kompensieren. Teilweise wurde der Anstieg der Kreditausfallraten dadurch gebremst, indem viele der fertig gestellten, aber derzeit unverkäuflichen Objekte von Bauträgern zur Tilgung der Kredite erworben wurden. Banco Santander ist trotz der kritischen Lage in Spanien sogar so gut aufgestellt, dass

man die Probleme im Finanzsektor zur Expansion nutzt. So erwarb Banco Santander in 2009 das Privatkundengeschäft der SEB in Deutschland und im Berichtsjahr in Großbritannien die zum Verkauf stehenden 300 RBS-Filialen.

Die fast ausschließlich in Spanien tätigen Sparkassen traf die Entwicklung der heimischen Wirtschaft besonders hart, auch weil sie durch die politische Präsenz in den Aufsichtsgremien oft für regionale Strukturprojekte erhalten mussten, die betriebswirtschaftlich aus heutiger Sicht nicht immer sinnvoll erscheinen. Darüber hinaus hat die internationale Finanzkrise die Refinanzierungsmöglichkeiten der aktivlastigen spanischen Sparkassen deutlich erschwert und verteuert. Zwei Sparkassen wurden unter die Kontrolle der Zentralbank gestellt (Caja Castilla La Mancha im März 2009 und Cajasur im Mai 2010). Über den Bankenhilfsfonds FROB (Fondo de Reestructuración Ordenada Bancaria) haben die Sparkassen im Jahr 2010 insgesamt 10 Mrd. EUR stiller Einlagen zur Stärkung ihres Eigenkapitals aufgenommen. Mittel des FROB konnten nur in Verbindung mit Fusionen und entsprechenden Umstrukturierungsplänen abgerufen werden. Die Einlagen werden mit mindestens 7,75 % verzinst und sind innerhalb von fünf Jahren zurückzuzahlen. Seit Beginn der Krise haben die Sparkassen bereits ca. 2.600 Filialen und 10.000 Beschäftigte abgebaut. Das entspricht etwa 10 % der früheren Kapazitäten. Das im Juli 2010 verabschiedete Sparkassengesetz ermöglicht den Sparkassen einen Rechtsformwechsel durch Einbringung des Bankgeschäfts in Aktiengesellschaften. Damit sollten Fusionen und der Zugang zum Kapitalmarkt erleichtert werden. Folgende Möglichkeiten der Eigenkapitalbeschaffung und Rechtsformänderung stehen den Sparkassen nun neben der Einbehaltung erwirtschafteter Gewinne offen:

1. Ausgabe börsennotierter Eigenkapitalscheine (cuotas participativas) mit oder ohne Stimmrechten in Höhe von bis zu 50 % des Eigenkapitals. Stimmrechte und Dividende entsprechen dem tatsächlichen Anteil am Eigenkapital. Eine Beschränkung der Anteile eines einzelnen Investors gibt es nicht mehr.
2. Einbringung des Bankgeschäfts in eine Aktiengesellschaft, die Sparkasse behält mindestens 50 % am Eigenkapital der Gesell-

schaft. Sinkt ihr Anteil unter 50 %, muss sich die Sparkasse in eine Stiftung umwandeln.

3. Einbringung zentraler Teile des Geschäfts in einen Sparkassenverbund (Engl.: IPS – institutional protection system) mit anderen Sparkassen. Der Sparkassenverbund hat zwingend die Rechtsform einer Bank-Aktiengesellschaft.
 - a. Die Sparkassen behalten mindestens 50 % am Kapital des IPS. Die Gründungsinstitute behalten dann weiter rechtlich den Status einer Sparkasse („Caja de Ahorros“).
 - b. Die Sparkassen behalten weniger als 50 % am Kapital des IPS. In diesem Fall müssen die Sparkassen ihr gesamtes Geschäft in das IPS einbringen und sich in eine Stiftung umwandeln. Die Stiftung übt kein Bankgeschäft mehr aus. Die Dividenden finanzieren die „Obra Social“.

Per Dekret wurden am 18. Februar 2011 die Eigenkapitalanforderungen an Banken und Sparkassen erhöht. Börsennotierte Aktiengesellschaften müssen künftig 8 % hartes Kernkapital vorhalten. Bei Sparkassen erhöht sich die Anforderung auf 10 %, sofern die Sparkasse sich zu mindestens 20 % am Kapitalmarkt refinanziert und nicht mindestens 20 % externe Eigenkapitaleigner vorweisen kann. Für 9 der 15 Sparkassengruppen entstand damit ein zusätzlicher Eigenkapitalbedarf. Künftige Mittel des FROB sind zudem nur noch in Form von Aktien, d.h. nach Umwandlung in eine Aktiengesellschaft, zu bekommen.

Obwohl es aus Sicht der Freien Sparkassen ein guter Schritt ist, den politischen Einfluss auf die geschäftlichen Entscheidungen der Sparkassen zu begrenzen, sehen wir die Gesetzesreform und den Fusionszwang durchaus kritisch. Durch die Fusionen entstehen überregionale Institute mit Bilanzsummen zwischen 40 und 80 Mrd. EUR, vereinzelt sogar mehr als 200 Mrd. EUR, wodurch den Sparkassen die regionalen Wurzeln verloren gehen können. Die Möglichkeit, priva-

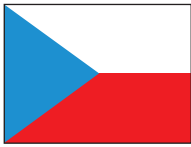
ten Investoren Beteiligungen bis zu 50 % an einer Sparkasse zu ermöglichen, sehen wir als weitere Gefahr, da sich die Gemeinwohlorientierung auf Dauer nicht mit den Interessen nach hoher Dividendenrendite eines privaten Investors vertragen dürfte. Wohin eine solche Entwicklung für Sparkassen und den Bankensektor allgemein führen kann, kann man an Ländern wie Großbritannien, den Niederlanden oder Italien deutlich ablesen.

Die spanische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Auch unser Mitgliedsinstitut, die Caixa Catalunya, hatte in den Jahren 2008 und 2009 mit hohen Kreditausfällen zu kämpfen und musste Finanzhilfen aus dem staatlichen Bankenhilfsfonds in Anspruch nehmen. Um dies zu erreichen, wurde eine Fusion zwischen den Sparkassen Catalunya, Tarragone und Manresa beschlossen. Da es sich bei allen drei Instituten um katalanische Sparkassen handelt, deren größtes Institut die Caixa Catalunya war, nahm man am 1. Juli 2010 unter dem neuen Namen CatalunyaCaixa den Geschäftsbetrieb auf. Bis zur Fertigstellung dieses Berichtes lag kein offizieller Jahresbericht vor, daher können die endgültigen Zahlen noch abweichen.

Die Kennzahlen im Überblick:

Bilanzsumme: 76,2 Mrd. EUR
Forderungen an Kunden: 51,7 Mrd. EUR
Anteil Non-Performing Loans: 5,41 %
Kundeneinlagen: 43,1 Mrd. EUR
Zinsüberschuss: 767,8 Mio. EUR
Provisionsüberschuss: 339,1 Mio. EUR
Aufwendungen: 939,5 Mio. EUR
Vorsorgeaufwendungen: 152,1 Mio. EUR
Jahresüberschuss nach Steuern: 109,1 Mio. EUR
Cost-Income-Ratio: 71,6 %
Kernkapitalquote: 7,4 %
Solvabilitätskoeffizient: 10,8 %



Tschechien

Der tschechische Bankensektor

Nach der Bankenkrise Mitte der neunziger Jahre hat sich der tschechische Bankenmarkt inzwischen stabilisiert. Heute existieren in Tschechien 41 Kreditinstitute, die Ende 2010 Vermögenswerte in der Größenordnung von 167,5 Mrd. EUR verwaltet haben. Darunter befindet sich mit der Česká spořitelna a.s. als größtem Institut auch die landesweit operierende tschechische Sparkasse. Sie wurde 2000 mehrheitlich von der Ersten Bank der österreichischen Sparkassen AG übernommen und entwickelte sich seither zur führenden Retailbank Tschechiens mit 667 Filialen und 5,3 Millionen Kunden. Daneben gibt es keine weiteren Sparkassen in Tschechien. Auch die anderen großen tschechischen Kreditinstitute sind heute mehrheitlich Töchter von internationalen Finanzkonzernen, beispielsweise die Československá obchodní banka, CSOB oder die Komerční banka, die sich im Besitz der belgischen KBC bzw. der französischen Société Générale befinden. Diese 3 Institute vereinigen über 50 % der Bilanzsummen, 60 % der Kundeneinlagen sowie fast 50 % der Kundenkredite auf sich. Somit befindet sich der tschechische Bankenmarkt, der nunmehr als weitgehend verteilt gilt, überwiegend in der Hand ausländischer Bankkonzerne. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt auch eine Folge der misslungenen Privatisierungspolitik der neunziger Jahre.

Der Bankensektor ist vergleichsweise gut durch die Finanzkrise gekommen und musste nicht durch staatliche Intervention gestützt werden. Zwar erhöhte sich durch Arbeitslosigkeit und Betriebspleiten auch bei den tschechischen Banken der Wertberichtigungsbedarf weiter – der Anteil gestörter Kredite beträgt mittlerweile 6,5 % –, dieser führte aber im Gegensatz zu anderen osteuropäischen Staaten nicht zu existentiell bedrohlichen Verlusten bei den Kreditinstituten. Hauptgrund dafür dürfte gewesen sein, dass Zinsniveau und Preissteigerungen in Tschechien in den letzten Jahren auf dem Niveau der Euro-Zone lagen und Ausleihungen dadurch nicht wie andernorts üblich in Fremdwährungen begeben wurden. Zudem wurde die Boomphase vor der Finanzkrise nicht wie in anderen Ländern Europas durch den Bausektor und stark steigende Immobilienpreise getragen, so dass die Immobilienpreise in Tschechien zur Zeit nur leicht rückläufig sind.

Die tschechische außerordentliche Mitgliedssparkasse

Die Česká spořitelna a.s., unsere Mitgliedssparkasse aus Tschechien blickt auf ein erfolgreiches Jahr 2010 zurück und festigte ihre Stellung als Retailbank Nr. 1 in Tschechien. Mit fast 11.000 Mitarbeitern in über 667 Filialen betreut man 5,3 Millionen Kunden. Die Bilanzsumme erhöhte sich von 855 Mrd. CZK in 2009 auf 882 Mrd. CZK (35,2 Mrd. EUR). Forderungen an Kunden nahmen um 9 Mrd. CZK (0,36 Mrd. EUR) auf 459 Mrd. CZK (18,3 Mrd. EUR) ab. Im Einlagenbereich profitierte die Česká spořitelna a.s. von den Nachwirkungen der Krise. Die Sparkasse hatte sich im Gegensatz zu anderen Instituten als verlässlicher Partner gezeigt, der sowohl in guten als auch schlechten Zeiten für seine Kunden als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Dieses Verhalten brachte der Sparkasse großes Vertrauen ein, das sich in steigenden Kundenzahlen und -einlagen ausdrückt. Letztere erhöhten sich um 17,7 Mrd. CZK (0,7 Mrd. EUR) und betrugen zum Jahresende 661 Mrd. CZK (26,4 Mrd. EUR).

Die Ertragslage der Česká spořitelna a.s. ist trotz erhöhtem Wertberichtigungsbedarf in Tschechien weiterhin sehr gut. Bedingt durch geringere Zinsmargen sanken die Zinsüberschüsse trotz gestiegener Volumen auf 30,3 Mrd. CZK (1,209 Mio. EUR) nach 31,1 Mrd. CZK im Vorjahr. Dieser Rückgang konnte aber durch die Provisionsüberschüsse weitestgehend ausgeglichen werden, die mit 12,2 Mrd. CZK (485 Mio. EUR) um 6,7 % zulegten. Im Kreditbereich musste die Česká spořitelna a.s. in 2010 abermals erhöhte Wertberichtigungen vornehmen, die aber im landesweiten Trend lagen. Das Volumen erhöhte sich von 8,6 Mrd. CZK (343 Mio. EUR) in 2009 auf 9,8 Mrd. CZK (390 Mio. EUR) im Berichtsjahr. Die Personal- und Sachaufwendungen lagen 2010 mit 21,0 Mrd. CZK (838 Mio. EUR) leicht unter denen des Vorjahres (21,2 Mrd. CZK bzw. 846 Mio. EUR). Am Ende stand trotz der Wertberichtigungen ein Jahresergebnis, das mit 12,0 Mrd. CZK (479 Mio. EUR) nur leicht unter dem Rekordergebnis des Vorjahres (12,4 Mrd. CZK) lag. Eine Cost-Income-Ratio von 41,1 % ist Beleg dafür, dass die Česká spořitelna a.s. auch in schwierigen Zeiten hochprofitabel tätig ist. Eine Kernkapitalquote von 13,9 % ist mehr als ausreichend, auch in der Zukunft weiterhin zu wachsen.

Verbandsaufgaben

Breit gefächelter Aufgabenkatalog

Der „Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V.“ – kurz Verband der Freien Sparkassen – hat gemäß seiner Satzung neben der „Förderung des Spargedankens und Sparkassenwesens im Allgemeinen“ vor allem die Aufgabe, die besonderen Interessen seiner Mitglieder zu fördern und zu unterstützen. Diese leiten sich aus der Entstehungsgeschichte und dem rechtlichen Status der Freien Sparkassen ab.

Besonderheiten der Freien Sparkassen

Die ersten deutschen Sparkassen wurden Ende des 18. und Anfang des 19. Jahrhunderts als freie Sparkassen von sozial engagierten Privatpersonen gegründet. Später folgten zahlreiche Städte und Kreise mit eigenen Sparkassengründungen, so dass in Deutschland heute zwei eigenständige Sparkassenformen existieren. Am 31.12.2010 gab es in der Bundesrepublik Deutschland sechs freie Sparkassen, die vom gemeinnützigen Engagement getragen werden. Auch ein öffentlich-rechtliches Institut, die Sparkasse Westholstein, gehört zum Verband der Freien Sparkassen, da diese aus der Fusion einer freien Sparkasse mit einer öffentlich-rechtlichen Sparkasse hervorging. Die Gruppe der im Verband der Freien Sparkassen zusammengeschlossenen Institute repräsentiert ca. 5 % des addierten Bilanzvolumens aller Sparkassen in Deutschland. Aufgrund ihres privaten Status gelten für die Freien Sparkassen bestimmte, in den Sparkassengesetzen der Bundesländer enthaltene geschäftspolitische Restriktionen, etwa das Regionalprinzip, grundsätzlich nicht. Gleichwohl haben sich einige der Freien Sparkassen freiwillig vergleichbaren Regelungen unterworfen und Vereinbarungen mit den zuständigen Sparkassen- und Giroverbänden getroffen. Trotz dieser Unterschiede sind die Freien Sparkassen Teil der deutschen Sparkassenorganisation und Mitglieder des DSGV, da sie – wenn auch auf anderer organisatorischer Basis und durch autonome Satzungsgestaltung – die gleichen gemeinnützigen Ziele verfolgen. Außerdem sind sie wie die Kommunalsparkassen „öffentliche“, d.h. „der Öffentlichkeit dienende“ mündelsichere Sparkassen. Dabei ist unter Ge-

meinwohlorientierung bei allen Sparkassen gleichermaßen die breite Förderung der Lebensqualität der Menschen in ihrem Geschäftsgebiet zu verstehen.

Europäische Kooperation

Zu den traditionellen Verbandsaufgaben gehört die Förderung der grenzüberschreitenden Kooperation der Freien Sparkassen Europas. Inzwischen sind 36 freie Sparkassen aus neun europäischen Ländern und der schwedische Verband Sparbankernas Riksförbund außerordentliche Mitglieder des Verbandes der Freien Sparkassen. Die Gruppe der außerordentlichen Mitglieder setzt sich aus Sparkassen von ganz unterschiedlicher Größenordnung zusammen.

Damit bietet der Verband den Mitgliedsinstituten eine breite Plattform für die Diskussion und den Austausch übergreifender Geschäftsinteressen und Anliegen, die gerade im Hinblick auf den gemeinsamen europäischen Wirtschaftsraum an Relevanz gewinnen.

Da die europäischen Freien Sparkassen eine große Vielfalt in Bezug auf ihre rechtlich-organisatorische Struktur sowie auf ihre geschäftspolitische Ausrichtung aufweisen, sind sie für die Geschäftstätigkeit der deutschen Mitgliedssparkassen von großem Interesse. Ferner ist der Zusammenschluss der Freien Sparkassen auch ein Forum, das die Anknüpfung und Intensivierung von grenzüberschreitenden Geschäftsbeziehungen erleichtern soll. Daher sieht der Verband in der Verbreiterung der Mitgliederbasis in Europa eine wichtige Aufgabe, um den Freien Sparkassen im „Binnenmarkt“ Europa ein noch stärkeres Gewicht zu verleihen.

Intensive Öffentlichkeitsarbeit

Der Verband der Freien Sparkassen setzt sich speziell dann für die Interessen seiner Mitgliedsinstitute ein, wenn wegen der privaten Rechtsform andere Beurteilungen und Lösungen als bei öffentlich-rechtlichen Sparkassen



erforderlich sind. Aufgrund des intensiven Meinungs- und Informationsaustausches mit den Mitgliedssparkassen im europäischen Ausland kann der Verband zudem auf vielfältige Erfahrungen der privaten Mitgliedsinstitute zurück-

greifen. Er vertritt die Verbandsmeinung sowohl innerhalb des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes als auch unmittelbar gegenüber staatlichen Stellen und in der Öffentlichkeit.

Verbandsorganisation

Rechtsform

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V., gegründet 1920, besitzt die Rechtsfähigkeit nach § 21 des Bürgerlichen Gesetzbuches.

Mitglieder

Im Berichtsjahr gehörten dem Verband sechs deutsche freie Sparkassen, d.h. kommunal nicht gebundene Institute, sowie eine deutsche öffentlich-rechtliche Sparkasse, die aus einer freien Sparkasse hervorgegangen ist, als ordentliche Mitglieder an.

Als außerordentliche Mitglieder waren dem Verband 36 freie Sparkassen aus 11 weiteren Ländern Europas und der Verband der schwedischen Sparkassen, Sparbankernas Riksförbund, angeschlossen.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung setzt sich aus Vertretern der Mitgliedssparkassen zusammen. Außerordentliche Mitglieder haben kein Stimmrecht.

Vorstand

Präsident Dr. Tim Nesemann, Bremen
Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Die Sparkasse Bremen AG
und Finanzholding
der Sparkasse in Bremen

Wolfgang Pötschke, Lübeck

1. stellv. Verbandsvorsteher
Vorsitzender des Vorstandes
Sparkasse zu Lübeck AG

Dr. Harald Vogelsang, Hamburg

2. stellv. Verbandsvorsteher
Vorstandssprecher Hamburger Sparkasse AG
und der Haspa Finanzholding

Dr. Markus Limberger, Linz

Außerordentliches Mitglied des Verbands-
vorstandes mit beratender Stimme
Vorstandsvorsitzender
Allgemeine Sparkasse
Oberösterreich Bankaktiengesellschaft

Mitgliedschaften

Der Verband der Deutschen Freien Öffentlichen Sparkassen e.V. ist außerordentliches Mitglied des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes e.V., Mitglied der Wissenschaftsförderung der Sparkassenorganisation e.V. sowie Mitglied der Sparkassenstiftung für internationale Kooperation.

Impressum

Verband der Deutschen Freien
Öffentlichen Sparkassen e.V.

Sitz: Frankfurt am Main
Geschäftsstelle: Bremen

Postanschrift:
Am Brill 1-3
28195 Bremen
Telefon: (+49) 421 179 1933
Telefax: (+49) 421 179 3653

Internet:
www.verband-freier-sparkassen.de

E-Mail:
info@verband-freier-sparkassen.de

Druck:
Schintz Druck, Bremen

